



SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2013

Beschlüsse

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: EnU 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Energiewende sozial gestalten

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Bezahlbare Energiepreise sind ein wichtiger Baustein für die Akzeptanz der Energiewende.
2 Eine Verkürzung der Diskussion auf den steigenden Strompreis, der den geringsten Anteil bei
3 den stetig steigenden Energiekosten ausmacht, greift zu kurz. Bezahlbarkeit und ein Ausbau
4 der erneuerbaren Energien sind keine Gegensätze, sondern können sich ideal ergänzen, wenn
5 die Weichen in Hessen, im Bund und in den Kommunen jetzt richtig gestellt werden. Dafür steht
6 die nordhessische SPD:
7

8 **Ausgangslage:**
9

- 10 • Die nordhessische SPD stellt mit großem Bedauern fest, dass Hessen beim
11 Bundesländer-Ranking der "Agentur für Erneuerbare Energien" zum dritten Mal in Folge
12 Schlusslicht der Flächenländer bei den erneuerbaren Energien geworden ist. Die
13 schwarz-gelbe Landesregierung war und ist offensichtlich nicht in der Lage, die richtigen
14 Schlüsse aus den vergangenen Vergleichsstudien zu ziehen. Auch der Minimalkonsens
15 des hessischen Energiegipfels hat nicht ausgereicht, Hessen bei den erneuerbaren
16 Energien spürbar voranzubringen.
17
- 18 • Die Nordhessische SPD bekennt sich zur Energiewende. Mit der dezentralen Erzeugung
19 erneuerbarer Energien in unserer Region sichern wir regionale Wertschöpfung, schaffen
20 neue Arbeitsplätze und behalten Geld, das früher zur Beschaffung fossiler Rohstoffe
21 ausgegeben wurde, im regionalen Wirtschaftskreislauf.
22
- 23 • Die nordhessische SPD hält die Initiativen sowohl der schwarzgelben Bundes- als auch
24 Landesregierung im Rahmen der Energiewende für bei weitem nicht ausreichend, um
25 die ambitionierten Ziele, Hessens Energieversorgung bis spätestens 2050 vollständig
26 auf Erneuerbare Energien umzustellen, erreichen zu können. Die SPD wird aufgefordert,
27 in ihren Wahlprogrammen zur Bundes- und Landtagswahl Alternativen aufzuzeigen.
28

29 **Energiekosten:**
30

- 31 • Nur die Energiewende garantiert langfristig stabile Energiepreise. Durch die Endlichkeit
32 der fossilen Energieträger wie Kohle, Öl und Gas würde es ohne Energiewende zu
33 erheblichen Kostensteigerungen im Energiebereich kommen, so wie die
34 Kostensteigerungen der letzten Jahre vor allem auf die steigenden Kosten fossiler und
35 atomarer Energieträger zurückzuführen sind.
36

- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- Auf dem Weg zur vollständig vollzogenen Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien muss Energie selbstverständlich bezahlbar bleiben. Das gilt sowohl für die Industrie als auch für alle privaten Haushalte. Entlastungen für die Industrie dürfen aber nicht auf die privaten Haushalte umgelegt werden. Ebenso sollten die Belastungen für Mieterinnen und Mieter bei energetischen Haus- und Wohnungssanierungen die eingesparten Energiekosten nicht überschreiten. Entlastungen für die Industrie sind strikt auf solche energieintensive Unternehmen zu begrenzen, die im internationalen Wettbewerb stehen, und müssen an Effizienzsteigerungen geknüpft werden.
 - Die nordhessischen SPD schlägt stattdessen zur Begrenzung des Strompreises folgende Maßnahmen vor:
 - Senkung der Stromsteuer für Haushaltskunden in Höhe des EEG-Umlagegetriebenen Umsatzsteuerzuwachses (rd. 800 Mio.)
 - Abschaffung der Netzentgeltbefreiung (rd. 400 Mio.)
 - Abschaffung der Marktprämie (300 Mio.)
 - Rücknahme der Ausweitung der EEG-Umlagebefreiung für Industrieunternehmen, insbesondere für Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen.

55

56

57

Photovoltaik:

- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- Die nordhessische SPD sieht in Hessen weiterhin ein großes Potential für den Ausbau der Photovoltaik.
 - Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Hessische Denkmalrecht so geändert wird, dass der Denkmalschutz nicht als Verhinderungsinstrument für Photovoltaik missbraucht wird.
 - Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Hessische Bauordnung so geändert wird, dass die Statik von neu gebauten Logistikhallen und Industriebauten so ausgelegt werden muss, dass sie Anlagen der Photovoltaik und Solarthermie tragen können.
 - Wir werden in Bund und Land darauf hinwirken, dass vor allem die Streifen entlang der Autobahnen und Bahnstrecken sowie Lärmschutzwände und Einhausungen für die Photovoltaik genutzt werden.
 - Wir werden uns nach einem Regierungswechsel Hessen zum Vorreiter beim Thema intelligente Netze machen. Darüber hinaus werden wir Projekte zur Steigerung des Eigenverbrauchs des Stroms aus Photovoltaik unterstützen.
 - Der Bezirksparteitag sieht in den aktuellen Plänen von Umweltminister Altmaier zur Reform des EEG eine akute Gefährdung mehrerer tausend Arbeitsplätze hessischer Solarunternehmen, von ortsansässigen Weltmarktführern über Zulieferbetriebe bis hin zu den mittelständischen Handwerksbetrieben. Insbesondere die Solarregion Nordhessen, die vor allem auch durch die Solarindustrie und zahlreiche spezialisierte Installationsbetriebe aus dem Handwerk in den letzten Jahren einen spürbaren Aufschwung erlebt hat, würde erneut geschwächt.

Windkraft:

- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- Es ist maßgeblicher Erfolg der Sozialdemokraten in der Regionalversammlung, die Widerstände gegen Windkraft an Land - der günstigsten und effektivsten Form der erneuerbaren Energieerzeugung - abgebaut zu haben. Der sich derzeit in der Offenlage befindliche Regionalplan weist Windvorrangflächen in einer Größenordnung von 2%

91 aus. Im weiteren Regionalplanverfahren sind im Sinne der Akzeptanz durch die
92 Bevölkerung, die Zahl der geplanten Vorrangflächen z.B. im Reinhardswald zu
93 reduzieren. Es muss sichergestellt sein, dass Flächen, die noch nicht im Regionalplan
94 ausgewiesen sind, bei denen es aber vor Ort eine breite Akzeptanz gibt, noch
95 aufgenommen werden können, so dass die Größenordnung von 2 Prozent nicht
96 unterschritten wird.

- 97
- 98 • Die SPD-Nordhessen fordert die Landesregierung auf, die derzeitige gültige Vorgabe,
99 dass Hessen-Forst Flächen für Windkraftanlagen an den Meistbietenden verpachten
100 muss, zugunsten von regionalen Anbietern lockern. Hintergrund ist, dass große
101 bundesweit agierende Investoren ganz anders kalkulieren können als regionale Akteure.
102 Während Großprojektierer eine Anlage errichten, diese dann u.a. an Renten- oder
103 Investmentfonds verkaufen und dann weg sind, tragen regionale Investoren dauerhaft
104 Verantwortung. Nur sie tragen zu einer starken regionalen Wertschöpfung bei.
 - 105
 - 106 • Die SPD-Nordhessen erwartet von der Hessischen Landesregierung, dass die
107 benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen auf Flächen von HessenForst nach
108 rheinland-pfälzischem Vorbild angemessen an den Pachteinahmen beteiligt werden. In
109 unserem Nachbarland erhalten die Anrainerkommunen rund 30 Prozent der
110 Pachteinahmen. Was in Rheinland-Pfalz möglich ist, muss auch in Hessen möglich
111 sein.
 - 112
 - 113 • Die SPD-Nordhessen sieht insbesondere in den Vorschlägen der Förderkürzung für
114 Windkraft im Binnenland („Onshore“) eine Gefahr für die preiswerteste und effizienteste
115 Form der Erzeugung erneuerbarer Energien. Sollten die Pläne Realität werden, würde
116 das auf dem Hessischen Energiegipfel von der SPD durchgesetzte Ziel, auf zwei
117 Prozent der Fläche Hessens Energie durch Windkraft zu erzeugen, deutlich verfehlt. Die
118 Mehrzahl der derzeit in Planung befindlichen Windkraftprojekte würde sich nicht mehr
119 realisieren lassen. Onshore-Windkraft wäre nur noch auf rund 0,5 Prozent der Fläche
120 wirtschaftlich möglich.

121 **Demokratisierung der Energieerzeugung:**

- 122
- 123
 - 124 • Aus Sicht der nordhessischen SPD ist die im Januar 2012 in Kraft getretene Novelle der
125 HGO - insbesondere die im § 121 verankerte kommunalwirtschaftliche Betätigung - nicht
126 geeignet, den Kommunen die Energieproduktion zu erleichtern. Die nordhessische SPD
127 wird sich dafür einsetzen, dass nach einem Regierungswechsel diese
128 kommunalfeindliche Regelung umgehend aufgehoben wird und die Kommunen endlich
129 zu Motoren der Energiewende werden können.
 - 130
 - 131 • Bei allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen wollen wir die Gründungen von
132 Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Energiegenossenschaften unterstützen. Wir
133 wollen die Beteiligungsformen so ausgestalten, dass Bürgerinnen und Bürger sich
134 bereits mit geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.
 - 135
 - 136 • Die nordhessische SPD begrüßt die regional ganz unterschiedlichen Formen der
137 Rekommunalisierung der Ortsnetze, die maßgeblich von Sozialdemokraten angestoßen
138 wurden. Die Mitbestimmung der Kommunen in diesem Bereich ist eine wichtige
139 Voraussetzung für eine dezentrale Erzeugung Erneuerbarer Energien.
 - 140
 - 141 • Die nordhessische SPD begrüßt, das bekanntgewordene Verhandlungsergebnis der
142 Landkreise mit E.ON Deutschland, zusammen mit einem regionalen
143 Stadtwerkekonsortium sowie den Städten und Gemeinden die E.ON Mitte vollständig zu
144 übernehmen. Die Landesregierung wird aufgefordert, diesen Prozess insbesondere als
145 Kommunalaufsicht und in Hinblick auf die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu
146 unterstützen.

147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171

Fracking:

Der SPD-Bezirksparteitag spricht sich dagegen aus, in weiten Teilen Nordhessens nach unkonventionellem Erdgas zu suchen und dieses mit Hilfe von Chemikalien, die in den Boden gepresst werden, zu fördern (sog. Fracking). Diese Technologie, deren Folgen für Mensch und Umwelt und insbesondere unser Trinkwasser gar nicht abzusehen sind, lehnen wir ab. Wir fordern ein grundsätzliches Verbot der Erdgasförderung durch das sogenannte Fracking-Verfahren im Rahmen der anstehenden Novellierung des Bundesbergrechts verbindlich festzuschreiben.

- Wir erwarten von der schwarz-gelben Landesregierung, dass sie die Entscheidung über den vorliegenden Erkundungsantrag für Nordhessen noch vor der Landtagswahl ablehnt und die Entscheidung nicht bis nach dem 22. September hinausschiebt. In Niedersachsen hat einen Tag nach dem rot-grünen Wahlsieg die sich nur noch geschäftsführend im Amt befindliche CDU/FDP-Landesregierung einen Erkundungsantrag für ein Feld in der Lüneburger Heide genehmigt. Das muss in Hessen verhindert werden.

Die erneuerbaren Energien haben in den letzten Jahren insbesondere unsere nordhessische Region vorangebracht und tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. CDU und FDP haben in Bund und Land die Energiewende in Verruf gebracht. Auch deshalb brauchen wir am 22. September einen Politikwechsel in Berlin und Wiesbaden.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: Eu 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Parteivorstand
S&P Fraktion im Europäischen Parlament,

Betr.: Allgemeine, freie, geheime und gleiche Wahlen in der
Europäischen Union!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord fordert die Durchsetzung des Prinzips, wonach die
2 Wahlkreisregionen in der Europäischen Union annähernd gleich groß sein müssen. Nur so kann
3 garantiert werden, dass jeder Bürger einen annähernd gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis
4 hat.

5
6

7 **Begründung:**

8

9 Die EU muss den Zustand der derzeitigen Sitzverteilung beenden, wonach beispielsweise die
10 Stimme eines Wählers auf Malta gut zwölfmal so viel wert ist, wie die eines Wählers in der
11 Bundesrepublik Deutschland. (Beispiel: Malta stellt sechs Parlamentarier mit 520.000
12 Einwohnern, Deutschland 99 Parlamentarier bei 82 Millionen Einwohnern).

13

14

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

<u>Resolution</u>	Eu 3
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Bezirkskonferenz
<u>Adressat:</u>	SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
<u>Betr.:</u>	Für den Frieden und gegen Gewalt! – Waffenexporte aus Deutschland und der EU stoppen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die deutsche Volkswirtschaft ist traditionell eine exportorientierte. In vielen Bereichen sind
2 deutsche Produkte weltweit stark nachgefragt. Mittlerweile gehören zu einer solchen Gruppe
3 auch Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland ist zum weltweit drittgrößten Exporteur von
4 Rüstungs- und Kriegsgütern geworden. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
5 ein alarmierendes Zeichen, auch für den Wandel des außenpolitischen Selbstverständnisses
6 der Bundesrepublik Deutschland.
7
- 8 War dieses Selbstverständnis nach den schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts von
9 einer Zurückhaltung geprägt, hat es sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der
10 Teilung Deutschlands einem immer stärkeren Wandel unterzogen. Der Politikwissenschaftlicher
11 Herfried Münkler spricht dabei auch von Deutschland als mittlerweile „selbstbewusster
12 Mittelmacht“. Zwar mag Münklers Grundthese, nach der Deutschland seine Außenpolitik vor
13 allem an den Prämissen eines soft-power-Ansatzes orientiert, trotz vieler internationaler
14 militärischer Einsätze in den letzten Jahren und Jahrzehnten, immer noch zutreffend sein, doch
15 zeigen gerade solche Einsätze auch, dass auch hier die deutsche Außenpolitik einen
16 fortwährenden Wandel vollzieht.
17
- 18 Ausdruck dieses Wandels ist auch die zunehmende Zahl an Exporten von Waffen- und
19 Kriegsgütern. Mischt Deutschland insofern zwar nicht immer als Akteur unmittelbar in (z.T.
20 bewaffneten) Konflikten mit, so bezieht es durch das Exportieren von Waffen dennoch
21 Positionen.
22
- 23 Wir als SPD sind zudem sehr empört darüber, dass der neue bundesrepublikanische Ansatz in
24 der Außenpolitik nicht mehr nur auf rein politischen Erwägungen beruht, sondern zunehmend
25 vor allem auch wirtschaftliche Ziele im Mittelpunkt stehen. Die deutsche Volkswirtschaft im
26 Gesamten profitiert von dem Export von Waffen und Kriegsgütern über Maßen. Wir als
27 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen es sehr kritisch, dass wir unseren
28 Wohlstand zunehmend auch durch den Verkauf totbringender Waren erwirtschaften.
29
- 30 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zu einer friedensicherenden und
31 antimilitaristischen Außenpolitik. Unser außenpolitisches Mittel ist die Diplomatie und die
32 Förderung von Frieden weltweit. Die Verschärfung von manifesten, oder auch latenten
33 Konflikten durch die Lieferungen von Waffen in Krisenregionen ist daher aufs Schärfste zu
34 verurteilen. Wir fordern daher als Sofortmaßnahme endlich mehr Transparenz und Kontrolle bei
35 Waffenexporte. Diese müssen wir über eine ausgeweitete parlamentarische Beteiligung in der

36 Frage von Exportentscheidungen sicherstellen. Der Deutsche Bundestag muss über die
37 Entscheidung über die Auslieferung von Waffen stimmberechtigt eingebunden werden. Die
38 Überwachung der deutschen Ausfuhrregelungen erachten wir zudem als unzureichend und
39 fordern daher die Bundesregierung auf, die bisherigen Regelungen und den Endverbleib
40 insbesondere von Kleinwaffen stärker zu überwachen.

41
42 Darüber hinaus fordern wir als SPD die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu auf, sich
43 gemeinsam auf striktere Exportregelungen zu einigen. Die EU muss ihrem Friedensversprechen
44 nach Innen auch endlich sichtbar nach Außen gerecht werden!

45
46 Den Schlüssel zu einer erfolgreichen und durchsetzungsfähigen exportbeschränkenden Politik
47 im Bereich der Waffenexporte, sehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der
48 Schaffung von Anreizen zur Konversion bestehender Rüstungsproduktion auf zivile Güter.
49 Hierzu sollten von staatlicher und europäischer Seite Anreizprogramme für die Wirtschaft initiiert
50 werden, die sich zum Ziel setzen die in diesem Wirtschaftsbereich bestehenden
51 Beschäftigungsverhältnisse auch nach der Einführung von Exportbeschränkungen zu sichern.

52
53 Frieden ist ein Wert, der uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders
54 verpflichtet. Wir dürfen deshalb nicht länger zusehen, wie sich reiche Industrienationen, wie
55 Deutschland, mit dem Export von Kriegsgütern zu Lasten vieler krisenbetroffener Regionen und
56 deren Menschen, die nicht in Frieden leben, bereichern.

57
58 Internationale Solidarität heißt, sich offensiv für den Frieden stark zu machen und entsprechend
59 den Entwicklungen, die diesem Ziel entgegenstehen, entschieden entgegen zu treten!

60
61

62 **Begründung:**

63
64

Erfolgt mündlich.

65
66

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: Eu 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: S&P-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord unterstützt die Kampagne „Right2water“ der Europäischen
3 Bürgerinitiative.
4
5
6 **Begründung:**
7
8 Wasser ist mittlerweile kostbar geworden, weltweit agierende Unternehmen wollen damit hohe
9 Gewinne erzielen. Sie treiben die Preise für Wasserver- und –Entsorgung immer weiter in die
10 Höhe. Und vielleicht erhalten auch wir eines Tages kein sauberes Wasser mehr, weil wir es
11 nicht bezahlen können oder weil sich die Bereitstellung für unseren örtlichen Versorger nicht
12 lohnt.
13 Die Europäische Bürgerinitiative will das verhindern. Der Europäische Gewerkschaftsverband
14 für den Öffentlichen Dienst ist Mitorganisator. Ziel ist es, bis Herbst 2013 eine Million
15 Unterschriften zu sammeln. ver.di unterstützt diese Sammlung in Deutschland.
16
17 **Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht.** So lautet auch der
18 deutsche Titel der Kampagne.
19 Sie soll das Thema Wasser bei der Europäischen Union wieder auf die Tagesordnung setzen.
20 Bislang hat die Europäische Kommission eher im Sinne der Gewinnmaximierung großer
21 Unternehmen gehandelt. Jetzt soll sie nach dem Willen der Bürgerinitiative dafür sorgen, dass
22 die Förderung von Wasser- und Abwasserwirtschaft als öffentliche Dienstleistung für alle
23 sichergestellt wird. Privatisierung und Liberalisierung von Wasser sollen ein Ende haben. EU-
24 Rechtsvorschriften sollen alle Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürgerinnen und Bürger
25 eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser und eine sanitäre Grundversorgung
26 sicher zu stellen.
27
28 Die Ziele sind:
29 1. Wasser und sanitäre Grundversorgung als Garantie für alle Menschen in Europa.
30 2. Keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft.
31 3. Verbesserung des Zugangs zu Wasser und sanitärer Grundversorgung weltweit.
32
33
- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: LR 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Den ländlichen Raum stärken – Zukunft für Nordhessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2
- 3 **Den ländlichen Raum stärken – Zukunft für Nordhessen**
- 4
- 5
- 6 Die Regionen Hessens sind vielfältig. Zugleich ist ein großer Teil unseres Landes – darunter
- 7 auch Nordhessen – ländlich strukturiert.
- 8 Seit jeher sehen es Sozialdemokraten als Kernaufgabe der Landespolitik an, für einen
- 9 Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Landesteilen zu sorgen und gleichwertige
- 10 Lebensverhältnisse in allen Räumen Hessens zu schaffen und zu erhalten. Dass die
- 11 Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, in Nordhessen andere sein müssen, als im Rhein-
- 12 Main-Ballungsraum liegt für Sozialdemokraten auf der Hand.
- 13
- 14 Die Stärkung und Profilierung der ländlichen Regionen Hessens war den sozialdemokratisch
- 15 geführten Landesregierungen immer ein großes Anliegen. Zugleich haben Sozialdemokraten
- 16 über viele Jahrzehnte durch ihre Stärke, ihre breite Verankerung in der Bevölkerung in
- 17 kommunaler Verantwortung wichtige Weichen in und für Nordhessen gestellt.
- 18 Diese Arbeit wurde durch Desinteresse und Ignoranz in 14 Jahren schwarz-gelber Politik in
- 19 Hessen nahezu zunichte gemacht.
- 20 Durch Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und gleichzeitige Aufbüdung weiterer
- 21 finanzieller Lasten sind Kreise, Städte und Gemeinden heute zum großen Teil hoch verschuldet
- 22 und aller Gestaltungsspielräume beraubt. Landesbehörden wurden zentralisiert und damit
- 23 Arbeitsplätze von Nordhessen in den Ballungsraum verlagert. Programme zum Erhalt und zur
- 24 Verbesserung der örtlichen Infrastruktur, wie für die Dorferneuerung, wurden massiv gekürzt,
- 25 der Ausbau von dringend notwendiger Verkehrsinfrastruktur verschleppt, Mittel für den ÖPNV
- 26 reduziert.
- 27 Diese Vernachlässigung hat fatale Folgen hinsichtlich der Zukunfts- und Entwicklungschancen
- 28 des ländlichen Raums.
- 29
- 30 Es besteht dringender Handlungsbedarf, um das Auseinanderdriften der Lebensbedingungen in
- 31 unserem Land zu stoppen.
- 32
- 33 Nach 14 Jahren Schwarz-Gelb ist klar: Nur mit der SPD, hat die Region Nordhessen, eine
- 34 Zukunftschance mit Entwicklungsmöglichkeiten und guten Lebens- und Arbeitsperspektiven für
- 35 die Menschen.
- 36

37 Unsere Politik zielt auf die Förderung des ländlichen Raums, damit auch den in Nordhessen
38 lebenden Menschen gleiche Lebensqualität, gleiche Lebenschancen und gerechte
39 Lebensbedingungen geboten werden.

40
41 Wir Sozialdemokraten wollen den notwendigen Ausgleich im Land herstellen durch eine Politik,
42 die spezifische Lösungsansätze für unterschiedliche Strukturen ermöglicht und gleichzeitig die
43 Verantwortung des Landes betont. Diese Politik beinhaltet einen partnerschaftlichen Umgang
44 mit den Kommunen und die Sicherung ihrer politischen und finanziellen Handlungsfähigkeit
45 durch einen seitens des Landes ausreichend ausgestatteten kommunalen Finanzausgleich.

46
47 Sozialdemokratische Politik für den ländlichen Raum ist ausgerichtet an Chancengleichheit und
48 sozialer Gerechtigkeit und am Wohl der Bürgerinnen und Bürger orientiert. Sie wird
49 sicherstellen, dass der ländliche Raum, auch Nordhessen, bei konkreten Projekten der
50 Landespolitik angemessen und ausreichend berücksichtigt ist.

51 52 Innenentwicklung

53
54 Wir wollen unsere Dorfkerne und Stadtzentren auch in Zukunft als Mittelpunkt des
55 gemeinschaftlichen Lebens erhalten. Gezielte Förderprogramme für die Entwicklung unserer
56 Dörfer für Dorferneuerung und Stadtentwicklung gehören ebenso dazu, wie die Unterstützung
57 von Initiativen für altengerechtes Wohnen oder Projekte zur Sicherung der Nahversorgung und
58 die Schaffung von Kommunikationsorten wie Bürgertreffs, beispielsweise durch neue
59 Nutzungskonzepte und Umgestaltung von Bürgerhäusern. Ziel ist ein Programm für den
60 ländlichen Raum, das die Grundversorgung sichergestellt, Impulse für Handwerk und
61 Mittelstand gibt, attraktiven, bezahlbaren alten- und familiengerechten Wohnraum in unseren
62 Dörfern schafft und erhält, und so das gemeinschaftliche Leben fördert.

63 64 Daseinsvorsorge

65
66 Für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist das Recht auf öffentliche
67 Daseinsvorsorge der entscheidende Maßstab. Der Zugang zu Bildung, Betreuung, Arbeit,
68 Gesundheitsversorgung, Sport und Kultur sind entscheidende Faktoren für die Entwicklung des
69 ländlichen Raums.

70
71 Gleichwertige Lebensverhältnisse bedingen eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur -
72 auch im ländlichen Raum. Deshalb muss das Land die Kommunen angemessen dabei
73 unterstützen, ausreichende ganztägige und verlässliche Betreuungsangebote in den Bereichen
74 Kinderkrippen und Kindertagesstätten schaffen. Wir werden die wohnortnahen
75 Bildungsangebote in der Grund- und Sekundarstufe in den Landkreisen erhalten und mit dem
76 „Haus der Bildung“ das flächendeckende Bildungsangebot gezielt für den ländlichen Raum
77 weiterentwickeln.

78 Daneben werden wir Strukturen der Hochschulen, die speziell auf ländliche Räume
79 zugeschnittene Angebote, wie Technologie – und Innovationsberatung entwickeln, fördern.

80
81 Die Gewährleistung einer umfassenden, wohnortnahen Gesundheitsversorgung im ländlichen
82 Raum stellt angesichts des demografischen Wandels eine besondere Herausforderung dar, der
83 wir uns stellen werden. Der Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen wird sowohl
84 im stationären wie im ambulanten Bereich steigen. Wir brauchen gut erreichbare
85 Krankenhäuser und eine sichere ambulante haus- und fachärztliche Versorgung in ganz
86 Hessen. Durch ein abgestimmtes Konzept und den Ausbau neuer Formen der Kooperation von
87 ambulanter und stationärer Versorgung in der Fläche soll eine wohnortnahe Grundversorgung
88 sichergestellt werden. Die Kommunen müssen gestärkt werden, um sich z. B. an ärztlichen
89 Zentren sowohl im ländlichen Raum wie in sozial benachteiligten Quartieren beteiligen zu
90 können. Gesundheitliche Versorgung ist Daseinsvorsorge, deshalb ist dazu eine deutlich
91 Ausweitung der Kompetenzen der Länder und Kommunen für Planung und Organisation der
92 gesundheitlichen Versorgung in allen Sektoren unverzichtbar. Angesichts der demografischen

93 Entwicklung muss der Blick in der Gesundheitsversorgung auf dem Land auch auf einen
94 altersgerechten Umbau gerichtet werden. Dabei gilt für uns in der Pflege der Grundsatz:
95 ambulant vor stationär. Dies bedingt die Schaffung von Angeboten für betreutes Wohnen,
96 dezentraler Pflege, altersgerechter Assistenzsysteme, Versorgung mit den Dingen des täglichen
97 Bedarfs.

98
99 Mobilität ist und bleibt ein Grundbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger und hat gerade im
100 ländlichen Raum eine besondere Bedeutung. Eine angemessene und bedarfsgerechte
101 Versorgung mit öffentlichen Verkehrsangeboten muss deshalb durch die Politik sichergestellt
102 werden. Dies darf nicht allein der kommunalen Seite aufgelastet werden.
103 Auch wird es mit der SPD keinen Zwangszusammenschluss der beiden Hessischen
104 Verkehrsverbände geben. Gerade die regionale Zuständigkeit hat sich in der Vergangenheit
105 bewährt. Nur ein in der Region ansässiger und verankerter NVV kann und wird auch in Zukunft
106 die Nahverkehrsgestaltung an den Bedürfnissen der Menschen in Nordhessen orientieren. Wir
107 wollen ein integriertes Verkehrskonzept, in dem die Verkehrsträger nicht gegeneinander
108 ausgespielt werden, sondern sich sinnvoll ergänzen. Dabei kommt dem HOLM (House of
109 Logistics and Mobility) eine zentrale Rolle zu.
110 Zur Ergänzung des ÖPNV-Angebots sollen alternative flexible Systeme, wie Anruf-Sammel-
111 Taxi, Rufbus etc. gefördert werden.

112 113 Infrastruktur

114
115 Hessen ist ein Bundesland in der Mitte Europas mit hohen Ansprüchen an die Mobilität im
116 Ballungsraum und auch in den ländlichen Regionen. Ein zukunftsfähiges und alle
117 Verkehrsträger umfassendes und verbindendes Verkehrskonzept ist dringend erforderlich. Die
118 SPD wird die seitens des Landes notwendigen Aufgaben für den Ausbau der Autobahnen A 44
119 und A 49 zügig und im Gegensatz zu Schwarz-Gelb gerichtsfest voranbringen. Wir halten weiter
120 am Ausbau der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung fest.

121 Die Verkehrsinfrastruktur gerade auf dem Land ist in einem miserablen Zustand. Die
122 Verbesserung werden wir schrittweise in Angriff nehmen, und den durch die Versäumnisse der
123 vergangenen Jahre entstandenen Investitionsstau bei Straße und Schiene kontinuierlich
124 abbauen. Die Finanzierung kann aus den zusätzlichen Einnahmen der flächendeckenden LKW-
125 Maut erfolgen.

126
127 Der im April 2013 fertiggestellte Regionalflughafen Kassel-Calden ist ein wichtiger Baustein für
128 die nordhessische Verkehrsinfrastruktur. Zugleich wird angestrebt, ihn auch in seiner
129 Bedeutung als Wirtschaftsfaktor für die Region zu stärken. Um die Verantwortung des Landes in
130 dieser Frage zu betonen, wird gemeinsam mit der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem
131 HOLM ein Konzept zur Ansiedlung von Luftfahrtaffinen, technologieorientierten Forschungs- und
132 Entwicklungseinrichtungen ausgearbeitet werden. Die nordhessische Wirtschaft wird
133 aufgefordert, sich angemessen an den Betriebskosten zu beteiligen.

134 135 Arbeit, Wirtschaft

136
137 Ein besonderes Augenmerk muss darauf gelegt werden, Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfung
138 im ländlichen Raum zu sichern. Nur die Sicherung und Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze
139 wird den ländlichen Raum dauerhaft als lebenswerten Lebensraum für alle Generationen
140 erhalten.

141 Eine besondere Bedeutung kommt dabei wichtigen Zukunftsbranchen wie der Energiewirtschaft
142 zu. Nicht zuletzt angesichts der Energiewende verfügt der Ausbau regenerativer Energie im
143 ländlichen Raum über hohe Potenziale für regionale Wertschöpfung. Dies soll auch dadurch
144 besonders gefördert werden, dass den Kommunen die wirtschaftliche Betätigung in diesem
145 Bereich erleichtert wird. Dabei wird auch eine größtmögliche Beteiligung der Bürgerinnen und
146 Bürger angestrebt.

147

148 Eine gute Versorgung mit leistungsfähigem Internet und Breitband in ländlichen Räumen ist ein
149 herausgehobenes Ziel. Sie ist Grundvoraussetzung für den privaten Zugang zu Informationen,
150 Bildung und Kultur, aber auch zu Arbeitsplätzen und damit für die wirtschaftliche Entwicklung
151 des ländlichen Raums. Hier müssen Standortnachteile beseitigt werden. Die Hessische
152 Gemeindeordnung muss entsprechend angepasst und Förderprogramme weiter entwickelt
153 werden.

154
155 Für die Sicherung und den Ausbau der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum ist es unerlässlich,
156 die leistungsfähige und regional verankerte Sparkassenlandschaft zu erhalten. Die Sparkassen
157 sind ein wichtiger Bestandteil einer an den Bedürfnissen der Menschen und den der kleinen und
158 mittleren Unternehmen orientierten Infrastruktur und damit der Wirtschaftskraft vor Ort.

159
160 Politik für den ländlichen Raum beinhaltet unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit auch eine
161 besondere Verantwortung des Landes bei der Zuordnung von Landesarbeitsplätzen. Eine
162 Bestandsgarantie für die Regierungspräsidien im Sinne einer bürgernahen Verwaltung im
163 ländlichen Raum zählt für uns ebenso dazu, wie die (Rück-) Verlagerung von in der
164 Verantwortung des Landes liegenden Arbeitsplätzen und Landesbehörden in die ländlich
165 strukturierten Regionen Hessens.

166
167

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: LR 2

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Demografischer Wandel als Chance für eine neue Politik für ländliche Räume begreifen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Demografischen Wandel als Chance für eine neue Politik für ländliche Räume begreifen

2
3 Das Land Hessen ist, bedingt durch die regionale Vielfaltigkeit, lokal sehr unterschiedlich vom
4 Demografischen Wandel betroffen. Besonders die ländlichen Regionen, abseits der
5 Verdichtungsräume um die Großstädte, sind dabei vor große Herausforderungen gestellt. Ziel
6 einer sozialdemokratischen Politik für den ländlichen Raum muss es daher sein, diese
7 Besonderheiten zu berücksichtigen und den Kommunen und Kreisen Gestaltungsmöglichkeiten
8 zu eröffnen und ihnen bei der Umsetzung von notwendigen Maßnahmen zu helfen.

9
10 Dabei kann die hessische SPD auf eine gute Tradition zurückgreifen, schon in den 50er und
11 60er Jahren des letzten Jahrhunderts sah sich die hessische Landesregierung unter Georg
12 August Zinn der Herausforderung gegenüber gestellt, eine „Landflucht“ zu verhindern. Damals
13 wie heute sind die Folgen einer solchen Entvölkerung ländlicher Räume sowohl für das „flache
14 Land“ wie auch die Städte hoch problematisch. Ein ungezügelter Wachstum der Ballungsräume
15 auf Kosten der ländlichen Regionen wäre in fast allen Gesellschaftsfeldern mit negativen
16 Folgen behaftet, würde doch die Lebensqualität dadurch in beiden Bereichen deutlich sinken
17 und schwer zu steuernde soziale Probleme mit sich bringen.

18
19 Es geht also heute wie damals darum gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu steuern und -
20 wo möglich- auch gezielt gegen zu wirken.

21
22 Gerade die ländlich geprägten Kommunen und Kreise haben hier, neben der ohnehin schon
23 schwierigen finanziellen Situation, eine Aufgabe zu leisten, die sie ohne solidarische Hilfe aller
24 Landesteile nicht erfolgreich bewältigen können.

25
26 Gilt es doch auf der einen Seite Ausgaben zu reduzieren und Angebote dem sinkenden Bedarf
27 anzupassen, andererseits aber weiterhin eine öffentliche und in der Folge auch eine
28 privatwirtschaftliche Infrastruktur zu sichern, die eine annehmbare Lebensqualität auf dem
29 Lande gewährleistet.

30
31 Dabei geht es nicht darum im Sinne einer reinen Subvention bestehende Strukturen weitgehend
32 unangetastet zu lassen, sondern viel mehr den Anpassungsprozess sinnvoll zu begleiten.

33
34 Dazu bedarf es neben einer weiteren Analyse über die Folgen der Bevölkerungsentwicklung,
35 also der konkreten Auswirkungen wenn weniger und vermehrt ältere Menschen auf dem Land
36 leben, der Entwicklung von Plänen zur Gestaltung des Wandels. Gleichzeitig ist die Frage zu
37 stellen, wie dem Trend zum Wegzug junger Menschen aus ländlichen Regionen
38 entgegengewirkt werden kann.
39

40 Bei der konkreten Auseinandersetzung lassen sich dabei folgende Handlungsfelder benennen:

41

- 42 • Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik
- 43 • Familienfreundlichkeit
- 44 • Bildungschancen
- 45 • Aktives und selbstbestimmtes Altern
- 46 • Gesundheitsmanagement
- 47 • Energieversorgung
- 48 • Breitbandversorgung
- 49 • Mobilitätsinfrastruktur
- 50 • Sicherung der Gefahrenabwehr
- 51 • Ehrenamtsförderung
- 52 • Verwaltungsoptimierung

53

54 Einige Regionen in Hessen haben sich bereits intensiv mit der Frage, was der Demografische
55 Wandel für diese Themenbereiche bedeutet, auseinandergesetzt. Hierbei sind eine Reihe von
56 Modellprojekten entwickelt worden, die Vorbild für andere sind und noch werden können.

57

58 Die Beispiele hierfür sind vielfältig und reichen dabei von

- 59 • der Vermittlung von leerstehenden Gebäuden, über
- 60 • die Familienförderung,
- 61 • die Verbesserung der frühkindlichen Förderung,
- 62 • die Neustrukturierung der Nahversorgung,
- 63 • die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung,
- 64 • neuen Konzepten für den Nahverkehr,
- 65 • einem modernen Bildungsmanagement,
- 66 • der Begegnung des Fachkräftemangels bis hin zur
- 67 • Stärkung der sozialen Einrichtungen und des Ehrenamtes.

68

69 Allerdings ist dabei auch deutlich geworden, dass das Land und auch der Bund neben einer
70 koordinierenden Funktion auch Rahmenbedingungen anpassen müssen, damit die Gestaltung
71 der Veränderungsprozesse leichter oder überhaupt möglich wird.

72

73 Eine sozialdemokratische Politik für den ländlichen Raum muss hier ansetzen. Der
74 Demografische Wandel muss schon bei der Gestaltung von Gesetzen, deren Veränderung und
75 der Schaffung von Landesprogrammen so Berücksichtigung finden, dass die Regelungen es
76 den Kommunen ermöglichen ein hohes Niveau an Daseinvorsorge zu gewährleisten, in dem sie
77 Rücksicht auf die besondere Situation ländlicher Räume nehmen.

78

79 Aus diesem Grund sollte die Frage geprüft werden, ob die Landesregierung das Thema
80 Demografischer Wandel nicht auch personell und organisatorisch in Person eines
81 Demografiebeauftragten und einer Demografie-Agentur verankert. Aufgabe dieser Stelle wäre
82 die Beratung der Landesregierung, die Entwicklung von Modellprojekten und die Organisation
83 des Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen den betroffenen Regionen.

84

85 Zusätzlich ist es notwendig den Kommunalen Finanzausgleich so zu gestalten, dass
86 Demografische Faktoren stärker berücksichtigt werden. Die Haushaltskonsolidierung darf in den
87 vom Demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen nicht zu einem vollständigen
88 „Kaputtsparen“ der Infrastruktur und somit zu einer Abwärtsspirale führen, die bestimmte
89 Landesteile förmlich entvölkern könnte.

90

91 Stattdessen ist es Aufgabe der SPD die Interessen der Ballungsräume und der ländlichen
92 Räume im Sinne einer sinnvollen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung in
93 Einklang zu bringen und gefährlichen Fehlentwicklungen entgegen zu wirken.

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: LR 3

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bezirksvorstand, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Nordhessen liken – Perspektiven für die junge Generation schaffen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Ein starkes Gut der nordhessischen Sozialdemokratie war und ist es, dass wir nah bei den
3 Menschen sind. Ziel sozialdemokratischer Politik muss es daher sein, Nordhessen fit für die
4 Zukunft zu machen. Unsere Stärken, wie beispielsweise das Leben miteinander und nicht
5 nebeneinander, gilt es voranzutreiben. Unsere Kommunen sind chronisch unterfinanziert. CDU
6 und FDP verteilen dagegen Placebos und verschlimmbessern damit nur die aktuelle Situation.
7 Dies ist symptomatisch für den Umgang der CDU-geführten Landesregierung mit Nordhessen
8 im Allgemeinen und dem ländlichen Raum im Speziellen in den vergangenen 10 Jahren.
9
10 Wir liken Nordhessen und schaffen Perspektiven für die junge Generation.
11
12 Ohne Bildung keine Perspektiven! – Bildung, Ausbildung und den Übergang ins Berufsleben
13 gerecht gestalten
14
15 Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit
16 müssen wir uns für ein gerechteres Bildungssystem einsetzen, um neue Perspektiven für junge
17 Menschen in Nordhessen zu schaffen. Der Anspruch auf Bildung darf nicht erst mit der
18 Schulpflicht beginnen und dann mit selbiger enden. Wir brauchen ein gerechtes System, dass
19 jedem Menschen die Chance gibt sich in ihm zu entfalten und in welchem er individuell
20 gefördert wird. Wir Sozialdemokraten müssen uns deshalb im besonderen Maße für Bildung
21 einsetzen, denn: Ohne Bildung haben die Menschen keine Perspektiven!
22
23 1. Frühkindliche Bildung
24 Kindern muss die Möglichkeit gegeben werden von klein auf miteinander in Kontakt zu treten,
25 miteinander zu spielen und voneinander zu lernen. Das Sozialverhalten von Kindern wird in den
26 ersten Jahren maßgeblich geprägt. Toleranz muss Kindern von Beginn an vermittelt werden.
27 Ein inklusiver Kindergarten beugt Vorurteilen vor und ermöglicht Kindern einen normalen
28 Umgang miteinander. Außerdem bieten Kindertagesstätten die Möglichkeit, Kinder auf die
29 Grundschule vorzubereiten und Bildung spielerisch zu vermitteln. Jedes Kind hat das Recht auf
30 einen Kindergartenplatz. Die sogenannte „Herdrämie“ darf deshalb den Ausbau von
31 Kindergarten- und Krippenplätzen nicht behindern und muss wieder abgeschafft werden.
32 Bildungsteilhabe ist die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe. Um allen Kindern
33 gleiche Chancen einzuräumen, müssen Kindergartenplätze ab dem 1. Lebensjahr kostenfrei
34 und ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Bildung darf kein Privileg von finanziell
35 bessergestellten Familien bleiben. Ebenfalls muss sicher gestellt werden, dass frühkindliche
36 Bildung auch hoher Qualitätsstandards bedarf. Deswegen dürfen u.a. Gruppengrößen und
37 Betreuungsschlüssel nicht verschlechtert werden. Auch der Beruf der Erzieherin/des Erziehers

38 bedarf der gesellschaftlichen Aufwertung und einer ordentlichen Bezahlung. Gute Bildung muss
39 auch gut finanziert werden. Deshalb sind wir gegen das von der Landesregierung vorgelegte
40 Kinderförderungsgesetz (KiföG), dass die Qualität frühkindlicher Bildung gefährdet.

41

42 2. Schule

43 Das hessische Schulsystem muss längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Kinder sollten
44 nach vier Jahren Grundschule nicht „in Schubladen gesteckt“ werden. Deshalb darf unser
45 Schulsystem nicht nur nach unten hin durchlässig sein. Auf lange Sicht wollen wir eine inklusive
46 Schule, an der alle SchülerInnen gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden.
47 Kein Kind darf zurückgelassen werden! Wir müssen uns dafür einsetzen, dass alle Kinder einen
48 Schulabschluss erreichen. Dieses muss deren Recht gegenüber der Gesellschaft werden.
49 Aufgabe der Politik ist es SchülerInnen ein breites und attraktives Bildungsangebot zu machen.
50 Wir treten für ein wohnortnahes Schulangebot ein, dass Kindern im ländlichen Raum von der
51 Grundschule bis zum Abitur die Möglichkeit gibt, vor Ort zu lernen und vor Ort ihren
52 Bildungsabschluss zu machen. Deswegen wenden wir uns auch entschieden gegen unsinnige
53 Schulschließungen, willkürlich gewählte Gruppen-, Klassen- und Schulgrößen.

54

55 3. Ausbildung

56 Um Menschen in unserer Region zu halten, müssen wir Ihnen nach dem Schulabschluss ein
57 attraktives Ausbildungsplatzangebot unterbreiten. Daher müssen genügend Ausbildungsplätze
58 angeboten und ein Mangel an Ausbildungsplätzen verhindert werden. Deswegen wollen wir für
59 nicht-ausbildende Betriebe eine Ausbildungsplatzumlage einführen. Wer nicht ausbildet, muss
60 zahlen. Aber auch hier gilt: Das die Ausbildungsplätze für die jungen Menschen attraktiv sein
61 müssen! Daher treten wir auch für einen Mindestlohn für Auszubildende ein, der die Grundlage
62 eines eigenständigen und selbstbestimmten Lebens darstellt. Zudem kämpfen wir dafür, dass
63 im ländlichen Raum die Berufsschulen erhalten bleiben und somit für die Auszubildenden gut zu
64 erreichen sind.

65

66 4. Hochschulen

67 Fast die Hälfte der SchulabsolventInnen fangen mittlerweile an zu studieren. Deshalb brauchen
68 wir in Nordhessen starke Hochschulen, um Menschen in der Region zu halten und um neue
69 Menschen für Nordhessen zu gewinnen. Mittlerweile studieren über 50.000 Menschen zwischen
70 Kassel, Marburg und Fulda. Doch die hessischen und nordhessischen Hochschulen sind auf
71 Grund einer verfehlten Finanz- und Gesellschaftspolitik der CDU und FDP-Landesregierung
72 chronisch unterfinanziert. Deswegen bedarf es nach der Regierungsübernahme der SPD im
73 Land Hessen, einer Überarbeitung der Hochschulfinanzierung mit dem Ziel mehr Geld für
74 Lehre, Forschung, Bibliotheken, Infrastruktur und Personal zur Verfügung zu stellen. Die
75 Qualität von Lehre und Forschung müssen angehoben und überfüllte Hörsäle und suboptimale
76 Studienbedingungen beendet werden. Neben den Studierenden haben die Hochschulen ein
77 hohes Innovationspotenzial, das auf die Region hinausstrahlen kann. Um die Hochschulen
78 weiter zu stärken, muss der Zugang zu Ihnen verbessert werden. Vor allem Menschen mit
79 Ausbildung müssen die Chance haben auch noch studieren zu können. Auch die soziale
80 Infrastruktur an den Hochschulstandorten, vor allem Wohnheime, Kinderbetreuung, Mensen,
81 soziale Beratungsleistungen, Studentenwerke, müssen schnellstmöglich ausgebaut werden, um
82 attraktiv zu bleiben. Hier hat sich in den letzten 15 Jahren ein riesiger Investitionsstau
83 angesammelt. Deswegen treten wir u.a. für eine bessere Finanzierung der Studentenwerke, ein
84 eigenständiges Wohnheimausbauprogramm des Landes und ein Programm zum Ausbau der
85 Kinderbetreuung an den hessischen Hochschulen ein.

86

87 5. Weiterbildung

88 Nordhessen muss die Aufstiegsregion werden. Der zweite Bildungsweg ist ein
89 sozialdemokratisches Projekt, das wir wieder stärken müssen. JedeR verdient eine zweite
90 Chance, so auch auf einen Schul- oder Berufsabschluss. Dafür müssen wir Institutionen wie
91 das Abendgymnasium und das Hessenkolleg endlich wieder vernünftig finanzieren. Lernen ist
92 ein lebenslanger Prozess. Daher müssen in Nordhessen Strukturen der Weiterbildung stärker
93 unterstützt werden. So können wir dafür sorgen, dass hochqualifiziertes Personal in unserer

94 Region ausgebildet wird. Das ist attraktiv sowohl für Unternehmen, wie auch für die Menschen
95 selbst.
96 Nordhessen als Aufstiegsregion, das ist unser Ziel. Nur so können wir attraktiv werden für die
97 Menschen, denn sie erhalten dadurch eine Perspektive in unserer Region. Dafür braucht es vor
98 allem Bildung von klein an, die kostenfrei und allen zugänglich ist. Bildung muss das Ziel haben,
99 den Menschen zu befähigen etwas aus sich und seiner Gesellschaft zu machen. Daher braucht
100 es im Bildungssystem Geld und gute Ideen für eine Zukunft mit Perspektive in Nordhessen.

101
102 Ausbeutung beenden! – Auch junge Menschen brauchen sichere Arbeit

103
104 Wenn man die reinen Zahlen des momentanen Arbeitsmarktes betrachtet, so scheint zunächst
105 alles auf einem guten Weg zu sein. Es gibt so wenig Arbeitslose wie lange nicht mehr. Von
106 daher scheint ja die vergangene Politik die richtige gewesen zu sein. Schaut man sich die Lage
107 aber genauer an, so sieht man, dass viele Jobs nicht dem entsprechen, was wir
108 SozialdemokratInnen als gute Arbeit bezeichnen. Das Ausufern von Zeitarbeit ist hier nur ein
109 Beispiel. Ursprünglich als Instrument gedacht Produktionsspitzen abzufedern, verdrängen
110 Zeitarbeitende in einigen Betrieben mehr und mehr die Stammbeslegschaft, wobei
111 Zeitarbeitende teilweise schlechter für die gleiche Arbeit bezahlt werden, als Festangestellte.
112 Häufig verdienen diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar so wenig, dass sie nach
113 vierzig Stunden Arbeit pro Woche immer noch Geld vom Staat brauchen, weil ihr Lohn weniger
114 ist als der Arbeitslosengeld-2-Satz. Von dieser Notsituation sind gerade viele junge Menschen
115 betroffen. Wenn sie beispielsweise nach einer erfolgreichen Ausbildung nicht übernommen
116 werden, dann werden sie teilweise an dubiose Zeitarbeitsfirmen weitervermittelt, die diese
117 häufig fachfremd einsetzen, um weniger Lohn zahlen zu müssen. Dies führt dazu, dass junge
118 Menschen, die in diese Zeitarbeitsfalle geraten sind, ihre mühsam in der Ausbildung erlernten
119 Kenntnisse nach und nach verlieren und sie damit noch weniger die Chance haben auf dem
120 Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

121 Weitere junge Menschen, die in einer ähnlichen Schwebesituation feststecken, werden gerne
122 als die sogenannte „Generation Praktikum“ beschrieben. Diese jungen Menschen haben häufig
123 eine akademische Ausbildung bekommen aber noch nicht einmal einen befristeten
124 Arbeitsvertrag, sondern machen ein lohnfreies Praktikum nach dem nächsten in der Hoffnung
125 irgendwann eine Anstellung zu bekommen. Einige Betriebe nutzen die Situation der Art aus,
126 dass sie diese PraktikantInnen einfach als kostenfreie Arbeitskräfte missbrauchen.

127
128 Junge Menschen in einer solchen unsicheren Situation sind weder in der Lage eine Familie zu
129 gründen, noch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der Stress und die Unsicherheit
130 haben teilweise sogar gravierende gesundheitliche Folgen, sodass man sich Fragen muss, wie
131 lange es sich eine Gesellschaft leisten kann ihre jungen Menschen so lange in Unsicherheit zu
132 lassen?

133 Wir Sozialdemokraten wollen uns nicht auf dieses Experiment einlassen und so schnell wie
134 möglich die Unsicherheiten von jungen Menschen eindämmen. Deswegen fordern wir:

- 135
136 - einen bundesweiten, branchenunabhängigen, allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von
137 mindestens 8,50 €. Auch das Land Hessen soll mit gutem Beispiel vorangehen und einen
138 Landesmindestlohn nach Bremer Vorbild einführen.
139 - die gesetzliche Begrenzung der Zeitarbeit
140 - eine deutliche Einschränkung und Begrenzung der Befristung von Arbeitsverträgen und die
141 Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
142 - die Einschränkung von Praktika ohne Lohn
143 -die Garantie auf Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes

144
145 Infrastruktur und öffentliche Daseinsfürsorge als Stütze und Voraussetzung eigener Entfaltung

146
147 Breitbandnetzausbau

148 Die Möglichkeiten von Partizipation und Teilhabe sind Grundbedingung von gelebter
149 Demokratie. Das Internet mit seinem breiten Angebot an auf Partizipation ausgelegten Medien

150 bietet gerade jungen Menschen die Chance aktiv am sozialen Leben in unserer Demokratie
151 teilzuhaben und somit Politikverdrossenheit vorzubeugen.
152 Auch ist das Internet für junge Leute ein soziales Medium, das integriert, verbindet, vernetzt -
153 wenn die Voraussetzungen gegeben sind!
154 Die Machbarkeitsstudie „NGA Cluster Nordhessen“, in Auftrag gegeben vom
155 Regionalmanagement Nordhessen, unterstreicht in seinen Ergebnissen, dass es beim Ausbau
156 des Breitband-Internet, im englischen Next-Generation-Access (NGA) in den fünf Landkreisen
157 Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Kassel-Land
158 Nachholbedarf gibt. Während die Metropolen in Südhessen und das Stadtgebiet Kassel in
159 Nordhessen über ein gut ausgebautes NGA-Netz mit exzellenten Up- und Download Raten
160 verfügen, gibt es im ländlichen Raum teilweise noch „weiße Flecken“, sprich Orte, wo es gar
161 keine Internet-Zugänge gibt. Die Deutsche Telekom und ihre Tochtergesellschaften haben
162 offiziell den Regelausbau in der Sparte Festnetz beendet. Der Markt hat wenig Interesse an
163 weiteren Investitionen in den NGA Ausbau - gerade im ländlichen Raum. Wenn sie investieren,
164 dann nur in einzelne Kommunen ohne einen übergeordneten Plan für die gesamte Region.
165 Dieser Flickenteppich muss ein Ende haben.
166 Doch genau hier setzen wir als Sozialdemokraten an. Um gerade jungen Menschen das Leben
167 im ländlichen Raum zu ermöglichen, fordern wir den konsequenten Ausbau des NGA-Netzes.
168 Es treiben uns nicht nur die oben beschriebenen gesellschaftspolitischen Aspekte von
169 Partizipation und Teilhabe durch das Medium Internet an. Wir denken auch an die
170 wirtschaftlichen Aspekte des NGA-Ausbaus im ländlichen Raum, denn eine schnelle Internet-
171 Verbindung ist heute mehr als jemals zuvor ein harter Standortfaktor für Unternehmen,
172 Dienstleister, Gewerbetreibende, Familien und – wie bereits erwähnt - junge Leute.
173 Deshalb fordern wir:

- 174
- 175 - Bereitstellung von offenen Internet-Zugängen in öffentlichen Räumen
- 176

177 Wir glauben, dass ein konsequenter Ausbau des Netzes den Standort Nordhessen für Firmen,
178 Familien und junge Leute attraktiver machen wird. So kann dem demografischen Wandel und
179 den daraus resultierenden Problemen von Leerstand, Arbeitslosigkeit, Überalterung,
180 Fachkräftemangel, uvm. in den Städten und Dörfern im ländlichen Raum entgegen gewirkt
181 werden. Der Ausbau ermöglicht jungen Leuten ein besseres und attraktiveres Leben in ihrer
182 Heimat mit den Möglichkeiten, sich im sozialen Raum des Internets einzubringen und ihre
183 (soziale) Umwelt positiv zu beeinflussen.

184 Öffentliche Daseinsfürsorge

185 Neben dem Thema Internet setzten wir uns auch für den weiteren Ausbau der Daseinsfürsorge
186 in Nordhessen ein. Wir wollen weiterhin lebenswerte Dörfer und Gemeinden in Nordhessen
187 haben. Dazu ist es notwendig, über ein aufgestocktes Dorferneuerungsprogramm auf
188 Landesebene nachzudenken. Dieses soll den Menschen vor Ort dabei helfen, ihre Region
189 lebenswert für alte und neue Bewohner zu erhalten. Dem „Aussterben“ von ganzen Stadt- und
190 Dorfkernen muss dringend entgegengewirkt werden. Der Leerstand, gerade in den ländlichen
191 Regionen Nordhessens, zählt zu den zukünftig großen Herausforderungen für die Politik. Junge
192 Menschen wollen nicht in einer Stadt oder Gemeinde leben, deren Straßen, Läden und
193 Gastwirtschaften verwaist sind. Daher bleibt diese Generation häufig fern. Wir wollen lebendige
194 und offene Gemeinden und Städte und fordern darüber hinaus:

- 196
- 197 - eine flächendeckende ärztliche Versorgung auch und gerade im ländlichen Raum
- 198 - den Erhalt und Ausbau von Bürgerhäusern, Jugendzentren, Bibliotheken, Sporthallen und
- 199 Schwimmbädern
- 200 - die Wertschätzung und Förderung des Vereinslebens
- 201 - eine verstärkte Anbindung unserer Region an den Öffentlichen Nah- und Fernverkehr
- 202 - bezahlbaren Wohnraum in den Städten und den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- 203 - öffentliche Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben. Wir wollen Stadtwerke,
- 204 Strom-, Wasser-, Gas-, Wärme- und Abwasserversorgung in Bürgerhand.
- 205

206 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in den vergangenen Jahren besonders mit der so
207 genannten „Operation (Un-)Sichere Zukunft“ nahezu vorsätzlich den nordhessischen Raum
208 durch diverse Behördenschließungen- und Zusammenlegungen geschwächt und Landkreise
209 bzw. Städte gegeneinander ausgespielt. Die Ämter für Bodenmanagement, Hessen Forst,
210 Hessen mobil, das Regierungspräsidium Kassel und die Staatlichen Schulämter sind nur einige
211 Beispiele, wo aus Kostengründen destruktive Schließungen oder Zusammenlegungen
212 stattfanden. Besonders betroffen waren dabei auch die Amts- und Arbeitsgerichte, wodurch z.B.
213 betroffene Arbeitnehmer immer höhere Hürden in den Weg gelegt werden, um ihre Rechte
214 geltend machen zu können. Durch die Verlegungen und Schließungen konnten und können
215 dabei aber keineswegs Kosten gespart werden. Gebäude stehen leer, die Menschen verlieren
216 ihre Ansprechpartner vor Ort, die neuen Strukturen sind zu undurchsichtig und kompliziert,
217 Arbeitsplätze werden leichtfertig vernichtet und die Region Nordhessen insgesamt unattraktiver.
218 Dieses Vorgehen können wir nicht akzeptieren und fordern deshalb:

- 219
- 220 - das Ende der destruktiven Zusammenlegungen und Schließungen von Landesbehörden
- 221 - falls es möglich und im Einzelfall sinnvoll ist, sollten Landesbehörden wieder getrennt und
- 222 dezentralisiert werden
- 223 - keine weitere Benachteiligung bei der Stellenbesetzung in unseren nordhessischen
- 224 Landesbehörden
- 225 - Schluss mit wahllosen Stellenstreichungen und die Aufgabenwahrnehmung gefährdendem
- 226 Personalabbau

227

228 Wir sind ein Teil der Gesellschaft! – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellen

229

230 Die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist eines der zentralen Ziele
231 sozialdemokratischer Politik. Teilhabe bedeutet dabei, dass alle Menschen ein Bestandteil der
232 Gesellschaft sind und an ihr partizipieren sowie solidarisch miteinander agieren. Daher ist
233 Teilhabe für uns auch Partizipation, Inklusion und die Existenz von Perspektiven. Junge
234 Menschen sind dabei ein tragender Teil der Gesellschaft. Sie gestalten ihr Umfeld und
235 brauchen wiederum dessen Solidarität für ihre Entwicklung. Die Aufgabe der Sozialdemokratie
236 ist es, die Teilhabemöglichkeiten von jungen Menschen zu stärken und somit ein Leben in
237 Nordhessen attraktiv gestalten zu können.

238

239 Um sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und sie mitgestalten zu können braucht es
240 Partizipation, die gelebt wird. Wir brauchen eine stärkere Demokratisierung unserer
241 Gesellschaft von klein an. Unsere Institutionen müssen sich wieder demokratisch organisieren,
242 so können junge Menschen von Anfang an lernen, was es bedeutet in einer demokratischen
243 Gesellschaft zu leben, die man selber mitbestimmen und gestalten kann. Schulen müssen
244 endlich demokratisch organisiert werden und die SchülerInnenvertretung umfassende
245 Selbstvertretungsrechte erhalten. Die Meinung junger Menschen muss sich auch in unserer
246 demokratisch organisierten Gesellschaft wiederfinden, daher unterstützen wir die örtlichen
247 Forderungen nach einer Einführung von Jugendbeiräten und -parlamenten in den
248 nordhessischen Städten und Gemeinden.

249 Zunächst muss das Kommunalwahlalter in einem ersten Schritt auf 16 Jahre herabgesenkt
250 werden, damit die politischen VertreterInnen die jungen Menschen und WählerInnen in ihrer
251 Politik stärker berücksichtigen. Nur eine demokratisch organisierte Gesellschaft kann auf Dauer
252 für Menschen attraktiv sein, da sie durch die Menschen selber gestaltet wird und sich somit
253 ihren Bedürfnissen beugt

254

255 Als Gesellschaft können wir auch nicht weiterhin zuschauen, wie Menschen aufgrund ihrer
256 Herkunft, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer körperlichen oder geistigen
257 Beeinträchtigung diskriminiert werden. Nordhessen muss eine Region der Inklusion werden.
258 Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist unsere Stärke und muss es schaffen allen Menschen
259 die gleichen Chancen und Perspektiven zu bieten. Daher müssen wir als SozialdemokratInnen
260 in Land und Kommune darauf hinwirken das wir Inklusion in den Schulen, der Stadtplanung und

261 im Miteinander leben. Inklusion bedeutet auch ein Wahlrecht für alle hier-lebenden Menschen.
262 Inklusion ist eine Chance und keine Gefahr.

263

264 Menschen bleiben in der Region und werden hierher kommen, wenn wir als Nordhessen
265 Perspektiven aufzeigen können. Perspektive bedeutet, dass man die Chance auf Teilhabe
266 innerhalb der Gesellschaft hat. Dafür braucht es vor allem Arbeit, öffentliche Infrastruktur und
267 sozialen Ausgleich. In unserem politischen Handeln müssen wir unser Handeln immer an
268 diesen Zielen messen.

269

270 Die Stärke von ländlichen Regionen wie Nordhessen ist der gesellschaftliche Zusammenhang,
271 den es in urbanen Gebieten nicht geben kann. Diesen Vorteil müssen wir stärken. Das Leben in
272 der aktiven und solidarischen Gesellschaft ist vor allem für junge Familien attraktiv. Die Teilhabe
273 aller, insbesondere aber die der jungen Generation, ist eine Stärke, die wir in Zukunft mehr
274 fokussieren und stärken müssen.

275

276 Wie wir in unserer Gesellschaft leben wollen

277 Den Trend, dass junge gut ausgebildete Menschen den Beginn ihres Arbeitslebens vor allem in
278 großstädtischen Strukturen erleben wollen, müssen wir akzeptieren. Doch auch der ländliche
279 Raum Nordhessens kann durch eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Politik für junge
280 Menschen attraktiv sein. Wenn die nordhessische Region als ein Ort von guter Arbeit,
281 Familienfreundlichkeit, Kultur und Sport sowie des gesellschaftlichen Engagements und
282 Zusammenhalts bekannt wird, brauchen wir keine Angst vor der Demographischen Entwicklung
283 zu haben.

284

285 Nordhessen – Ein guter Ort für junge Familien

286 Junge Familien suchen sichere und gute Arbeit, regelmäßige Kinderbetreuung, eine
287 umfassende Infrastruktur und ein ansprechendes kulturelles und sportliches Angebot. All das
288 kann Nordhessen mit der richtigen Politik bieten.

289 Vor allem der Ausbau von Ganztages-Kindertagesstätten muss flächendeckend vorangetrieben
290 werden. Als Sozialdemokraten treten wir dafür ein, dass Bildung von der KiTa bis zur
291 Hochschule kostenfrei ist. Bei Schulen und Hochschulen ist uns das schon gelungen, bei
292 Kindertagesstätten noch nicht. Doch das soll sich ändern. Daher wollen wir in Hessen nach
293 einem Sieg bei der Landtagswahl auch mittelfristig erreichen, dass der Besuch einer KiTa für
294 die Eltern kostenfrei ist.

295 Auch die kulturellen Angebote im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben und erweitert
296 werden. Kulturelle Initiativen müssen dafür endlich eine langfristige Förderung bekommen. Das
297 Antragswesen für kurzzeitige Projektförderung scheint die Bürokratie des 21. Jahrhunderts zu
298 werden und muss endlich ein Ende finden.

299 Alle Angebote im ländlichen Raum machen auch für junge Familien nur Sinn, wenn auch die
300 Infrastruktur stimmt. Vor allem für die Kinder muss eine Möglichkeit bestehen, die kulturellen
301 und sportlichen Angebote der Region unabhängig des „Autodienstes“ der Eltern in Anspruch zu
302 nehmen.

303 Um für junge Familien attraktiv zu bleiben, müssen die Einrichtungen für Kultur, Sport, Arbeit
304 und Bildung in der Nähe und gut erreichbar sein. Daher setzen wir uns für den Erhalt der
305 Schulen, der Dorfgemeinschaftshäuser und Sportanlagen im breiten ländlichen Raum ein, denn
306 sie sind die Lebensader unserer Region.

307

308 Unsere Integration ist die Inklusion

309 Wir wollen, dass weiterhin Menschen aus unterschiedlichen Regionen und Kulturen den Weg
310 nach Nordhessen finden. Sie sind eine Bereicherung für unsere Region. Doch die Integration
311 von Menschen aus anderen Regionen und Kulturen bedarf einer gezielten Politik. Wir wollen
312 dabei den Weg der reinen Integration verlassen und den Weg der Inklusion gehen. Integration
313 ist der Einbezug von Menschen anderer Regionen mit der Anforderung an die Menschen von
314 außerhalb, sich neu zu sozialisieren und somit in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren.
315 Dafür muss die Aufnahmegesellschaft gegenüber den Menschen von außerhalb
316 aufgeschlossen und offen sein. Bei der Inklusion geht es darum, dass alle Menschen, egal

317 woher sie sind, mit ihrer Individualität in der Gesellschaft anerkannt sind und vollwertig an ihr
318 teilhaben können. Es wird versucht für alle Menschen, also auch aus anderen Regionen und
319 Kulturen, Barrierefreiheit herzustellen. So muss jegliche Art von Exklusion etwa vom
320 Arbeitsmarkt, Bildung aber auch räumlich und kulturell unterbunden werden. So können
321 gesellschaftliche Konflikte entschärft werden und unser sozialdemokratisches Ideal einer
322 Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gelebt werden.
323 Das Leben dieser Kultur muss vor allem im Bildungsbereich vorangetrieben werden. Wir wollen,
324 dass alle Kinder sich im Kindergarten kennenlernen und die ersten Erfahrungen mit
325 Andersartigkeit machen. Daher ist auch die Pflicht des Besuchs von Kindergärten für
326 mindestens ein Jahr zu überprüfen. Aber auch im Alltag muss Nordhessen deutlich machen,
327 dass wir eine offene und tolerante Region sind. Diese Toleranz muss auch auf den Ämtern in
328 den Städten und Gemeinden zu spüren sein. Ein erster Ansatz dafür sind
329 AnsprechpartnerInnen vor Ort, die mindestens zweisprachig (deutsch und englisch) ausgebildet
330 sind. Darüber hinaus müssen verstärkt „DolmetscherInnen“-Netzwerke bspw. auch
331 kommunalübergreifend aufgebaut werden, die sicherstellen, dass auch Einwanderer, die nicht
332 dem Deutschen oder Englischen mächtig sind, mit der örtlichen Verwaltung und Politik
333 kommunizieren können.
334 Aber auch die Etablierung von Stadtbezirken in den Menschen mit Migrationshintergrund leben
335 und Stadtbezirke wo kaum Menschen aus anderen Regionen und Kulturen leben, wollen wir
336 durch eine gezielte städteplanerische Politik überwinden.
337 Nordhessen kann als Region der Toleranz und Inklusion neue Maßstäbe setzen. Der ländliche
338 Raum kann ein Ort der Willkommenskultur sein. Dafür braucht es mutige und progressive
339 Politik.

340
341 Gesellschaften wandeln sich fortwährend, dies ist nicht nur eine Konsequenz aus der
342 Migrations- und Integrationspolitik, sondern vielmehr Merkmal einer modernen, sich stetig
343 ausdifferenzierenden Gesellschaft. Wir als SozialdemokratInnen müssen solchen
344 Veränderungen mit unserer Politik Rechnung tragen. Individuelle Lebensmodelle und
345 Persönlichkeitskonzepte dürfen dabei nicht weiter Ausgangspunkt für neue Diskriminierungen
346 sein. Der Staat und die Gesellschaft müssen gerade deshalb auch hier sicher stellen, dass
347 Benachteiligungen abgebaut und Vielfalt als Selbstverständlichkeit anerkannt wird.
348 So sind bspw. die bestehenden Diskriminierungen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften aus
349 unserer Sicht ein drängendes Problem, das wir dringend angegangen sehen möchten. Aber
350 hierüber hinaus ist im Bereich der Anerkennungspolitik von „anderen“ Lebensentwürfen vieles
351 weitere anzustoßen. Gerade im ländlichen Raum, aber auch in urbanen Strukturen, sind viele
352 Vorurteile gegenüber anderen Lebensmodellen vorhanden. Wir müssen daher die
353 Aufklärungsarbeit von Vereinen und Verbänden vor Ort unterstützen, um gegenseitiges
354 Verständnis verstärkt aufzubauen. Homophobie ist trotz einer scheinbaren „Normalität“
355 gleichgeschlechtlicher Lebensmodelle, immer noch ein Problem in unserer Gesellschaft. Nach
356 unserer Vorstellung heißt Perspektiven für die junge Generation auch, dass sich junge
357 Menschen mit ihrem individuellen Persönlichkeits- und Lebenskonzept überall niederlassen
358 können, ohne dabei Diskriminierungen ausgesetzt zu werden.

359
360 Nordhessen – ein guter Ort zum Leben
361 Wenn wir in unsere Politik die Lebensplanung von jungen Menschen berücksichtigen, können
362 wir eine Region werden, in die junge Menschen gerne ziehen, weil sie hier Perspektiven haben.
363 Dafür braucht es gute Arbeit, Toleranz, gut ausgebaute öffentliche Daseinsfürsorge und
364 Infrastruktur und vor allem ein lebendiges Gemeinschaftsleben. Das zu erreichen, muss
365 sozialdemokratische Politik sein.

366
367
368 Begründung:

369
370 Erfolgt mündlich
371

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: LR 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Dorf- und Regionalentwicklung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich nach dem Regierungswechsel für eine
3 Ausweitung der Dorf- und Regionalentwicklung einzusetzen. Damit würde der ländliche Raum
4 gestärkt, was im Zuge der demographischen Entwicklung besonders wichtig ist. In einem ersten
5 Schritt sollen hierzu die Richtlinien zur Förderung der Dorf- und Regionalentwicklung, wonach
6 nur noch Projekte ab 10.000 Euro gefördert werden sollen, dahingehend abgeändert werden,
7 dass eine Förderung wieder ab einer Investition von 3.000 Euro möglich ist. Darüber hinaus
8 müssen die Förderhöchstsätze für finanzschwache Kommunen wieder heraufgesetzt werden.
9

10
11 **Begründung:**

12
13 Funktionierende Dorferneuerung ist wichtig für die Attraktivität des ländlichen Raums und für die
14 regionale Auftragslage. Jeder Förder-Euro löst ein Mehrfaches an Investitionen aus. Mittelstand
15 und Handwerk konnten in den vergangenen Jahren viel von den Dorferneuerungsmaßnahmen
16 profitieren und so Arbeitsplätze sichern bzw. neue schaffen. Das ist Wirtschaftsförderung vor
17 Ort, die wir erhalten wollen und nicht beschneiden dürfen

18 Die Erhöhung des Schwellenwertes für eine Förderung ist ein Hemmschuh für die weitere
19 positive Entwicklung des ländlichen Raumes. Bei einer Förderung ab Investitionen von 3.000
20 Euro haben sich in der Vergangenheit viele private Eigentümer für eine Haussanierung
21 entschieden.

22 Mit der Förderung von kleinen Projekten kann das Erscheinungsbild der Dörfer wesentlich
23 verbessert werden und zugleich eröffnet eine gesteigerte Attraktivität für Feriengäste neue
24 Einnahmequellen für den ländlichen Raum. Diese Entwicklung wird mit der neuen Richtlinie,
25 nach der nur noch Investitionen ab 10.000 Euro bezuschusst werden sollen, unverantwortlich
26 aufs Spiel gesetzt. Hat diese Entscheidung Bestand, werden künftig viele kleine Maßnahmen
27 nicht mehr ausgeführt werden.
28
29

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

<u>Antrag:</u>	K 1
<u>Antragsteller:</u>	SPD-Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Kommunen stark machen – nur Reiche können sich einen armen Staat leisten

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 In unseren Städten und Gemeinden müssen wir dafür sorgen, dass das Leben vor Ort gelingt.
2 Kitas, Schulen, Wohnen, Mobilität, Nahversorgung und Vieles mehr muss vor Ort organisiert
3 und finanziert werden. Um diese öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen, braucht man
4 starke Kommunen mit finanzieller Handlungsfähigkeit. Alle Kommunen leiden jedoch unter den
5 galoppierenden Sozialkosten und dem ständigen Griff des Landes Hessen in die kommunalen
6 Kassen. Die kommunalfeindliche Politik der schwarz-gelben Landes- und Bundesregierung
7 haben die Kommunen in ein strukturelles Defizit gezwungen, das ohne erhebliche
8 Verbesserung der Einnahmen nicht beseitigt werden kann. Bereits jetzt sind erhebliche
9 negative Auswirkungen auf die soziale und technische Infrastruktur der Kommunen spürbar.
10 Nur wenige Kommunen in Hessen sind in der Lage, ausgeglichene Haushalte vorzulegen
11

12 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die SPD in Land und Bund auf, nach der Regierungsüber-
13 nahme in Wiesbaden und Berlin zukünftig eine nachhaltige und dauerhafte Verbesserung der
14 Kommunalfinanzen sicherzustellen. Ziel sozialdemokratischer Politik muss die dauerhaft
15 ungefährdete kommunale Selbstverwaltung sowie ein ausreichender Spielraum für die
16 kommunale Daseinsvorsorge sein.
17

18 **Von der Landtagsfraktion erwarten wir:**
19

- 20 • Sofortige Einstellung der unter der schwarz-gelben Landesregierung jährlich entnommenen
21 344 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich
22 (anstatt Rückgabe von 107 Millionen Euro mittels ungenügendem "Rettungsschirm" für ein
23 Viertel aller Kommunen unter teilweise unzumutbaren Bedingungen)
24
- 25 • Eine Reform des hessischen Finanzausgleichsgesetzes (FAG), die insbesondere für den
26 ländlichen Raum eine Berücksichtigung von Gemeindefläche und Ortsteilanzahl enthält
27
- 28 • Sicherstellung des in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzips – Wer bestellt-
29 bezahlt!
30
- 31 • Verbesserung der Möglichkeit gewerblicher Betätigung durch die Kommunen (u.a. bei der
32 Energieversorgung und Verteilung, beim Wohnungsbau, bei der Breitbandversorgung)
33
- 34 • Finanzielle Beteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit (Drittel-Finanzierung)
35

- 36 • Übernahme der Personalkosten für die Umsetzung der Personalmindestverordnung in den
37 Kita-Gruppen
38 • Erhöhung der Zuschüsse des Landes für die Betriebskosten zur Betreuung von Kindern
39 unter 3 Jahren
40
41 • Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
42
43 • Einhaltung der elementaren "Spielregeln" im Verhältnis zwischen Land und Kommunen.
44 Dazu gehört für uns unverzichtbar:
45 - Keine Zwangsvorgaben des Landes wie beispielsweise Kreisumlageerhöhungen,
46 Privatisierungsforderungen oder weitere Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen
47 - Ungekürzte Weitergabe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt für kommunale
48 Investitionsmaßnahmen
49

50 **Von der Bundestagsfraktion erwarten wir:**
51

- 52 • Die Verstärkung der öffentlichen Einnahmekraft, wie sie im kommunalfreundlichen Steuer-
53 und Abgabekonzept von Peer Steinbrück vorgesehen ist. Eckpunkte sind dabei
54 insbesondere die Wiedererhebung einer privaten Vermögensteuer sowie die Erhöhung des
55 Spitzensteuersatzes.
56
57 • Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer nach dem Kommunalmodell; insbesondere die
58 Einbeziehung von Freiberuflern und Selbstständigen sowie eine wertorientierte Reform der
59 Grundsteuer.
60
61 • Die Umsetzung des „Investitions- und Entschuldungspaktes für die Kommunen“ (Beschluss
62 des SPD-Parteikonvents)
63
64 • Zusätzlich zu der bereits beschlossenen und ab 2012 schrittweise umgesetzten Übernahme
65 der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit müssen die Kommunen
66 von weiteren Sozialkosten entlastet werden, die nicht ihre originäre Aufgabe sind. Eine
67 Reform der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist deshalb unumgänglich.
68
69 • Einen weiteren Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in den Kommunen.
70 Hierzu bedarf es einer bedarfsgerechten und solidarischen Finanzierung aller staatlichen
71 Ebenen nach dem Grundsatz der Konnexität. Dies gilt insbesondere für die Sicherstellung
72 des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz für unter Dreijährige.
73
74 • Die Städtebauförderung muss weiterentwickelt werden, und das Programm „Soziale Stadt“
75 neu belebt werden. Es hat sich als Instrument bewährt, soziale Brüche in Städten und
76 Stadtteilen zu überwinden und soziale Netzwerke zu knüpfen. Programme für den Bau von
77 sozialem und altersgerechten Wohnraum sind zu forcieren.

78

79

80 Begründung:

81

82 Die Haushaltslage der Kommunen ist katastrophal. Ein Großteil der hessischen Gemeinden,
83 Städte und Landkreise ist schon über Jahre nicht in der Lage, trotz erheblicher Sparan-
84 strengungen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

85

86 Der Sparzwang aller öffentlichen Haushalte darf nicht dazu führen, dass die Lebensgrundlagen
87 der Menschen in Gefahr geraten. Die Kommunen schaffen vor Ort die Voraussetzungen für
88 angemessene Lebensumstände. Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen

89 Wandels müssen die von dieser Entwicklung besonders negativ betroffenen ländlich geprägten
90 nordhessischen Kommunen dafür Sorge trage, die Attraktivität ihrer Kommunen zu erhalten und
91 auszubauen, um eine Beschleunigung der Bevölkerungsabwanderung zu verhindern. Dazu
92 gehören insbesondere bezahlbare Kinderbetreuungsplätze sowie Steuern, Gebühren und
93 Beiträge, die vor dem Hintergrund eines unterdurchschnittlichen Lohn- und Gehaltsniveaus
94 bezahlbar sind sowie der Erhalt insbesondere der ländlichen Infrastruktur. Auch die soziale und
95 kulturelle Infrastruktur darf nicht verkommen. Die sozialen Einrichtungen, das Vereinsleben, die
96 Freizeiteinrichtungen, die Musikschulen und die kulturelle Vielfalt in den Städten und
97 Gemeinden sind ebenso wichtig wie eine exzellente Bildungs- und eine nachhaltige Wirtschafts-
98 und Umweltpolitik.

99
100 Ideologisch geprägte Sparvorschläge der CDU, wie Personalraubau oder Privatisierungen,
101 lehnt die SPD ab, Schwarz-Gelb in Bund und Land sind warnende Beispiele. Mit der Operation
102 "Düstere Zukunft" sind bewährte soziale Strukturen in Hessen zerschlagen worden und für die
103 Berliner-Steuer geschenke an Hoteliers und reiche Erben mussten die Kommunen bluten. Auch
104 der von der schwarz-gelben Landesregierung geschaffene sogenannte "Kommunale
105 Rettungsschirm" ist reine Augenwischerei. Die Landesregierung entzieht den Kommunen jedes
106 Jahr 344 Mio. €, und gibt dann „großzügig“ einem Viertel der hessischen Kommunen etwa 107
107 Mio. € zurück. Gleichzeitig stellt man diesen Kommunen Bedingungen, die mit deutlichen
108 Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger einhergehen und insbesondere vor dem
109 Hintergrund des nordhessischen Lohn- und Gehaltsgefüges für die Menschen erhebliche
110 Einschnitte zur Folge haben.

111
112
113

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: EnU 5

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: EEG – Umlagefinanzierung für Industrien

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die besonderen Ausgleichsregelungen (§§ 40 ff. des Erneuerbare-Energie-Gesetz 2012) sind
2 auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den Kern der im internationalen
3 Wettbewerb stehenden Industrien zu begrenzen.

4

5

6

Begründung:

7

8 Die neue Regelung, die ab 2012 in Kraft getreten ist sieht vor, dass Unternehmen ab einer
9 Gigawattstunde Stromverbrauch pro Jahr (vorher zehn Gigawattstunden pro Jahr) von der
10 EEG-Umlagefinanzierung stufenweise befreit werden. Diese entspricht derzeit 5.28 Cent je
11 Kilowattstunde und muss vor allem von privaten Haushalten in voller Höhe bezahlt werden.
12 Neben dieser ungerechten Verteilung kommt außerdem hinzu, dass Unternehmen, die aktiv
13 gegen ihren hohen Energieverbrauch vorgehen, bestraft werden, in dem sie keine
14 Unterstützung mehr bekommen. Seit der Änderung der Ausgleichsregelung sind die
15 profitierenden Unternehmen auf ca. 2000 angestiegen, von 500 Unternehmen im Jahr 2011.
16 Deswegen ist die Ausgleichsregelung ein Schritt in die falsche Richtung und muss gestrichen
17 werden, da sie keine Energiesparmaßnahmen unterstützt sondern unter gewissen Umständen
18 einen Mehrverbrauch sogar fördert.

19

20 Abschnitt 2

21

22 Besondere Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen und Schienenbahnen

23

24 § 40 Grundsatz

25

26 Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle begrenzt auf Antrag für eine Abnahmestelle
27 die EEG-Umlage, die von Elektrizitätsversorgungsunternehmen an Letztverbraucher, die
28 stromintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit hohem Stromverbrauch oder
29 Schienenbahnen sind, weitergegeben wird, entsprechend der §§ 41 und 42. Die Begrenzung
30 erfolgt, um die Stromkosten dieser Unternehmen zu senken und so ihre internationale und
31 intermodale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, soweit hierdurch die Ziele des Gesetzes nicht
32 gefährdet werden und die Begrenzung mit den Interessen der Gesamtheit der
33 Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher vereinbar ist.

34

35 § 41 Unternehmen des produzierenden Gewerbes

36 (1) Bei einem Unternehmen des produzierenden Gewerbes erfolgt die Begrenzung nur, soweit
37 es nachweist, dass und inwieweit 1. im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr

38 a) der von einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen bezogene und selbst verbrauchte
39 Strom an einer Abnahmestelle mindestens 1 Gigawattstunde betragen hat,

40 b) das Verhältnis der von dem Unternehmen zu tragenden Stromkosten zur
41 Bruttowertschöpfung des Unternehmens nach der Definition des Statistischen Bundesamtes,
42 Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007, mindestens 14 Prozent betragen hat,
43 c) die EEG-Umlage anteilig an das Unternehmen weitergereicht wurde und
44 2. eine Zertifizierung erfolgt ist, mit der der Energieverbrauch und die Potenziale zur
45 Verminderung des Energieverbrauchs erhoben und bewertet worden sind; dies gilt nicht für
46 Unternehmen mit einem Stromverbrauch von unter 10 Gigawattstunden.
47 (2) Die Erfüllung der Voraussetzungen nach Absatz 1 Nummer 1 ist durch die
48 Stromlieferungsverträge und die Stromrechnungen für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr
49 sowie die Bescheinigung einer Wirtschaftsprüferin, eines Wirtschaftsprüfers, einer
50 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einer vereidigten Buchprüferin oder eines vereidigten
51 Buchprüfers auf Grundlage des Jahresabschlusses für das letzte abgeschlossene
52 Geschäftsjahr nachzuweisen. Für die Bescheinigungen nach Satz 1 gelten § 319 Absatz 2 bis
53 4, § 319b Absatz 1, § 320 Absatz 2 und § 323 des Handelsgesetzbuches entsprechend. Die
54 Voraussetzung nach Absatz 1 Nummer 2 ist durch die Bescheinigung der Zertifizierungsstelle
55 nachzuweisen.
56 (2a) Unternehmen, die nach dem 30. Juni des Vorjahres neu gegründet wurden, können
57 abweichend von Absatz 1 Daten über ein Rumpfgeschäftsjahr übermitteln. Absatz 2 gilt
58 entsprechend. Neu gegründete Unternehmen sind nur solche, die unter Schaffung von im
59 Wesentlichen neuem Betriebsvermögen ihre Tätigkeit erstmals aufnehmen; sie dürfen nicht
60 durch Umwandlung entstanden sein.
61 Als Zeitpunkt der Neugründung gilt der Zeitpunkt, an dem erstmals Strom zu Produktions- oder
62 Fahrbetriebszwecken abgenommen wird.
63 (3) Für Unternehmen, deren Strombezug im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a
64 1. mindestens 1 Gigawattstunde betragen hat, wird die EEG-Umlage hinsichtlich des an der
65 betreffenden Abnahmestelle im Begrenzungszeitraum selbst verbrauchten Stroms
66 - 42 a) für den Stromanteil bis einschließlich 1 Gigawattstunde nicht begrenzt,
67 b) für den Stromanteil über 1 bis einschließlich 10 Gigawattstunden auf 10 Prozent der
68 nach § 37 Absatz 2 ermittelten EEG-Umlage begrenzt,
69 c) für den Stromanteil über 10 bis einschließlich 100 Gigawattstunden auf 1 Prozent der
70 nach § 37 Absatz 2 ermittelten EEG-Umlage begrenzt und
71 d) für den Stromanteil über 100 Gigawattstunden auf 0,05 Cent je Kilowattstunde begrenzt
72 oder
73 2. mindestens 100 Gigawattstunden und deren Verhältnis der Stromkosten zur
74 Bruttowertschöpfung mehr als 20 Prozent betragen hat, wird die nach § 37 Absatz 2 ermittelte
75 EEG-Umlage
76 auf 0,05 Cent je Kilowattstunde begrenzt.
77 Die Nachweise sind in entsprechender Anwendung des Absatzes 2 zu führen.
78 (4) Eine Abnahmestelle ist die Summe aller räumlich und physikalisch zusammenhängenden
79 elektrischen Einrichtungen eines Unternehmens, die sich auf einem in sich abgeschlossenen
80 Betriebsgelände befinden und über eine oder mehrere Entnahmepunkte mit dem Netz des
81 Netzbetreibers verbunden
82 sind.
83 (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für selbständige Teile des Unternehmens entsprechend. Ein
84 selbständiger Unternehmensteil liegt nur vor, wenn es sich um einen eigenen Standort oder
85 einen vom übrigen Unternehmen am Standort abgegrenzten Teilbetrieb mit den wesentlichen
86 Funktionen eines
87 Unternehmens handelt und der Unternehmensteil jederzeit als rechtlich selbständiges
88 Unternehmen seine Geschäfte führen könnte. Für den selbständigen Unternehmensteil sind
89 eine eigene Bilanz und eine eigene Gewinn- und Verlustrechnung in entsprechender
90 Anwendung der für alle Kaufleute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches
91 aufzustellen. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung nach Satz 3 sind in
92 entsprechender Anwendung der §§ 317 bis 323 des Handelsgesetzbuches zu prüfen.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: EnU 6

Antragsteller: SPD-Ortsverein Uttershausen

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

Betr.: Strompreisdeckelung bei Grundversorgung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD spricht sich dafür aus, dass eine Grundversorgung mit Strom für jeden Bürger und
2 jede Bürgerin bezahlbar bleibt, so dass deren Würde unangetastet bleibt. Strom als
3 Voraussetzung für andere Grundrechte, wie etwa Informationsfreiheit, muss als Grundlage zum
4 diskriminierungsfreien Zugang derselben unabhängig von der Einkommenssituation verfügbar
5 sein. Ein möglicher Weg wäre eine vergünstigte Strompreisbindung für die ersten 2000 kWh je
6 Familie.

7
8
9 **Begründung:**

10
11 Jeder Mensch, unabhängig von seiner Einkommenssituation hat das Recht auf
12 Informationsfreiheit. Diese ist jedoch in der modernen Gesellschaft nicht mehr direkt, sondern
13 nur unter Nutzung sekundärer Dienste möglich. Mithin muss z.B. Strom dazu verwendet
14 werden, entsprechende Informationsmedien (z.B. TV, Radio, Internet/PC) zu nutzen. Derzeit
15 steigt der Strompreis weit überproportional und völlig ungebremst. Daraus ergibt sich bei
16 Menschen mit kleinerem Einkommen bereits heute eine mittelbare Beschneidung der
17 Grundrechte aus dem Zwang des Stromsparens heraus. Eine Gesellschaft muss, insbesondere
18 auch der Kinder wegen, auch den Beziehern kleiner Einkommen einen diskriminierungsfreien
19 Zugang zum Grundbedürfnis Energie bieten können.

- 20
21
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: EnU 9

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für eine artgerechte Tierhaltung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Zu einer solidarischen und sozialen Politik muss auch der Tierschutz gehören.

2
3 Wir fordern deshalb:

4
5 1. Die derzeitigen Praktiken in der Massentierhaltung sind nicht akzeptabel. Tiere müssen
6 entsprechend ihres Verhaltens und ihrer Bedürfnisse gehalten werden. Eine Überzüchtung und
7 vorsorgliche Gabe von Antibiotika wird verboten.

8
9 2. Das Kastrieren von Ferkeln oder anderen Tieren ohne jede Betäubung muss gesetzlich
10 verboten werden.

11
12 3. Das Patentieren von Tierzuchten darf nicht länger möglich sein.

13
14
15 **Begründung:**

16
17 Gemäß Art. 20a des Grundgesetzes wird der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der
18 Tiere zum Staatsziel erklärt. In der Praxis hat sich der Gesetzgeber an dieser Regelung kaum
19 orientiert und keine Maßnahmen ergriffen, um Tiere tatsächlich besser zu schützen. Im
20 Mittelpunkt der heutigen Politik steht weiterhin die Gewinnmaximierung, die auf dem Rücken
21 von Tieren in der Massentierhaltung erwirtschaftet wird.

22 Selbstverständlich muss auch der Verbraucher reagieren und in Kauf nehmen für den Verzehr
23 von tierischen Produkten wie etwa Fleisch, Eier oder Milch höhere Preise zu bezahlen, wenn er
24 diese zum Beispiel bei den örtlichen Metzgereien erwirbt, wo er viel leichter nachvollziehen
25 kann, woher die Produkte kommen. Doch auch die Politik muss in die Pflicht genommen
26 werden, um sich endlich an ihr selbst gesetztes Staatsziel zu halten.

27 Laut § 1 des Tierschutzgesetzes darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen,
28 Leiden oder Schäden zufügen. Ein großer wirtschaftlicher Gewinn stellt aus unserer Sicht
29 keinen vernünftigen Grund im Sinne des Gesetzes dar. So muss sich die Tierhaltung in
30 Deutschland künftig einer artgerechten Haltung von Tieren verpflichten. Dazu gehört den Tieren
31 genügend Raum- und Bewegungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und sie nicht mit
32 künstlichem Licht jeder natürlichen Lebensweise zu entziehen, sondern das Leben im
33 Tageslicht zuzulassen. Schweine beispielsweise sind sehr soziale und intelligente Tiere, für die
34 die derzeitigen Haltungsbedingungen unter den beengten Verhältnissen ohne Bewegungs- und
35 Beschäftigungsmöglichkeiten eine große Qual darstellen. Auch die ständige Trächtigkeit von
36 diversen Zuchttieren bedeutet für die Tiere keine Glückseligkeit oder Muttergefühle, strengere

37 Regelungen müssen geschaffen und kontrolliert werden, die die Trächtigkeit von Tieren nur
38 noch in Maßen zulässt.

39
40 Auch entbehrt es jedem vernünftigen Grund Ferkel und andere Tiere ohne Betäubung zu
41 kastrieren. Die Tiere erleiden große Schmerzen und geraten oft in einen Schockzustand. Den
42 Tieren müssen aber unnötige Schmerzen erspart bleiben. Der Gesetzgeber widerspricht sich
43 hier selbst, wenn er das Kastrieren ohne Betäubung zulässt.

44
45 Eine in der Europäischen Union derzeit immer häufiger angewandte Praxis besteht darin, das
46 Patentieren von Tierzuchten zuzulassen. So sind z.B. Patente vergeben worden für Kühe, die
47 mehr Milch geben und Schweine, die schneller wachsen und weniger Fett ansetzen. Profiteure
48 davon sind eindeutig die industriellen Großzuchten, die sich das Wissen über die Tierzucht zu
49 Eigen machen möchten, um so eine Monopolstellung für sich zu erreichen. Insbesondere
50 Kleinbetriebe würden darunter leiden. Wie wir wissen, sind es aber meist die Kleinbetriebe und
51 die regionalen Bauern, die auf Tierschutz Wert legen. Doch denen wird mit den erteilten
52 Patenten das Überleben weiter erschwert. Die Patente auf Lebewesen dürfen nicht weiter erteilt
53 werden.

54
55

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: EnU 10

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Sauberer Schiffsverkehr

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine deutliche Reduzierung der
3 Schadstoffabgase von Schiffen einzusetzen.
4 Dies wird durch entsprechende Initiativen bei den internationalen Organisationen, aber auch
5 durch nationale Gesetzgebung unterstrichen.
6
7

8 **Begründung:**

9
10 Die „Greenhouse Gas Study 2009“ der International Maritime Organization (IMO) hat ergeben
11 das der Handelsschiffverkehr mit 2,7 % am globalen CO₂ Ausstoß beteiligt ist. Ausgehend vom
12 Wachstum errechnet die Studie eine Steigerung der Wert um 200 bis 300 % bis 2050.
13 Nicht nur der CO₂ Ausstoß ist besorgniserregend, auch die Schadstoffe des genutzten
14 Schweröls schaden der Umwelt sehr. So kommt der NABU bei einem Vergleich von einem
15 Kreuzfahrtschiff auf die gleichen Schadstoffwerte wie fünf Millionen PKW.
16
17

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: JBK 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ausgestaltung Bildungsperspektiven Nordhessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 In Konkretisierung des Regierungsprogramms der SPD Hessen sind für die Bürgerinnen und
3 Bürger der Land- und Stadtregionen Nordhessens nachfolgende Punkte zur Umsetzung eines
4 Konzepts **Bildung für Alle** von elementarer Bedeutung:
5
6 Grundschulen:
7
8 • Das Kultusministerium legt eine verbindliche Mindestgröße für Schulen fest. Diese soll
9 nicht weniger als zwei Klassen bei jahrgangsübergreifendem Unterricht betragen. Nur so
10 kann sichergestellt werden, dass an keinem Schulstandort weniger als zwei Lehrkräfte
11 unterrichten und Aufsicht, Vertretung und Ansprechbarkeit für Eltern ohne permanente
12 Verletzung der Aufsichtspflicht und Überforderung der einzelnen Lehrkräfte ermöglicht
13 werden.
14
15 Sekundarschulen:
16
17 • Zur Sicherung der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ist angesichts des
18 demografischen Wandels mit rückläufigen Schülerzahlen insbesondere in der Fläche
19 des ländlichen Raumes das Angebot von Gesamtschulen auszubauen und zu sichern.
20
21 • Im gymnasialen Bildungsgang ist ein G 9 – Angebot sicherzustellen.
22
23 • Die Weiterarbeit der Versuchsschulen (Offene Schule Waldau, Reformschule Kassel,
24 Steinwaldschule Neukirchen) ist vom Land Hessen abzusichern.
25
26 Berufliche Ausbildung:
27
28 • Das duale Ausbildungssystem von beruflicher Beschulung und Ausbildung im Betrieb
29 soll erhalten bleiben.
30
31 • Die Verknüpfung von betrieblicher Ausbildung und Studium (duales Studium) ist in
32 Zusammenarbeit mit den Hochschulen auszubauen und vom Land Hessen zu fördern.
33
34 • So genannten zentralen „Landesfachklassen“ für seltene Ausbildungsgänge (z.B. Müller
35 oder Goldschmied) sollen nicht nur in Süd-, sondern auch in Nordhessen eingerichtet
36 werden.
37

38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92

Schulsozialarbeit:

- Schulsozialarbeit ist in allen Schulformen zu sichern und einzurichten. Hierzu ist eine gesicherte Finanzierung durch Land und Schulträger anzustreben. Die befristete weil projektbezogene Beschäftigung von Schulsozialarbeiterinnen und –arbeitern ist in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu überführen.

Inklusion:

- Zur Realisierung von Inklusiver Beschulung in der Fläche ist es für eine Übergangszeit erforderlich, Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf inklusive Beschulung an geeigneten Schulstandorten gemeinsam zu unterrichten. Zwischen dem Land Hessen, den Schulträgern und den Schulen sind Vereinbarungen über Standort, Ausstattung (sächlich, räumlich, personell) und einen Zeitrahmen zur Realisierung der Inklusion in Schulen zu treffen.
- Die Klassengröße in Lerngruppen mit inklusiver Beschulung soll an Grundschulen 20 Schülerinnen und Schüler und an Sekundarschulen 23 Schülerinnen und Schüler nicht überschreiten.

Ganztagsschulen:

- Der Ausbau von Ganztagsschulen soll zügig voran getragen werden. In Zusammenarbeit mit den Kommunen ist ein Betreuungsangebot auch in den Schulferien insbesondere an den Grundschulen bei Bedarf aufzubauen.

Lehrerbildung:

- An der Universität Kassel ist ein Studiengang „Rehabilitationspädagogik“ in Verbindung mit Inklusiver Beschulung und Unterricht in heterogenen Lerngruppen einzurichten.
- Die Studienseminare sind in der Fläche zu erhalten. Nur so kann eine qualitativ hochwertige flächendeckende Lehreraus- und –fortbildung dauerhaft gesichert werden.
- Die Reinhardswaldschule Fuldata als traditionsreichste hessische Lehrerbildungsstätte muss insbesondere für Aus- und Fortbildungsangebote nordhessischer Lehrkräfte erhalten bleiben.

Lebensbegleitende Bildung:

- Die Volkshochschulen nehmen bei der lebensbegleitenden Bildung gerade in der Fläche eine zentrale Rolle ein. Ihr Angebot ist als Faktor zur Lebensqualität einzustufen und in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten.
- Gezielte Bildungsangebote für Senioren sind von den Volkshochschulen in Verbindung mit Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräten der Kommunen bedarfsorientiert zu schaffen oder auszubauen.
- Gezielte Bildungsangebote zur Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs, insbesondere für Frauen, sind in Zusammenarbeit mit den Kammern aufzubauen.

Staatliche Schulämter:

93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110

- Die vorhandenen Staatlichen Schulämter sind in der Fläche als relativ bürgernahe Verwaltungsbehörden zur kompetenten Unterstützung von Schulen, Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Schulträgern zu erhalten. Die Aufgaben eines zentralen Landesschulamtes sind in diesen Zusammenhang kritisch zu überprüfen.

Finanzierung von Bildung:

- Zur gesicherten Finanzierung von Bildung ist das bestehende Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern durch Verfassungsänderung durch einen kooperativen Bildungsföderalismus zu ersetzen.

Begründung

erfolgt mündlich

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: JBK 3

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Hessische Landesregierung, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Kein Qualitätsabbau in hessischen Kindertagesstätten!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord lehnt den von der CDU-FDP-Koalition im Hessischen Landtag
2 vorgelegten Entwurf des sog. Kinderförderungsgesetzes ab. Das Gesetz steht im Gegensatz zu
3 den Zielen einer guten, pädagogisch sinnvollen Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen
4 und angemessenen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Es wird vielmehr dazu beitragen,
5 die Qualität der Arbeit der Kinderbetreuungseinrichtungen zu verschlechtern.

6
7 Deshalb fordert der SPD-Bezirk Hessen-Nord die Hessische Landesregierung auf, den Entwurf
8 des Kinderförderungsgesetzes zurückzunehmen und umfassend zu überarbeiten. Die SPD
9 fordert, dass es die Aufgabe des Landes Hessen sein muss, die Betreuungssituation in den
10 Kindertageseinrichtungen von U3 bis zu Betreuungsangeboten in der Grundschule nachhaltig
11 zu verbessern statt zu verschlechtern. Das bezieht sich insbesondere auf die Gruppengrößen,
12 die Qualifikation, Fortbildung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten sowie eine angemessene
13 anteilige Finanzierung der Einrichtungen durch das Land Hessen.

14
15
16 **Begründung:**

17
18 Das geplante Kinderförderungsgesetz stellt einen Paradigmenwechsel in der Finanzierung der
19 Kinderbetreuungseinrichtungen dar. Die Einführung von "Fallpauschalen" für die betreuten
20 Kinder, von Betreuungsmittelwerten in der Berechnung der Anwesenheitszeiten und die
21 Erhöhung des möglichen Anteils von Nicht-Fachkräften in der Betreuung hat eine
22 Ökonomisierung der Kinderbetreuung zur Folge. Nur große Gruppen rechnen sich - bis zu 16
23 Kinder im U3-Bereich und 25 Kinder im Kindergartenbereich.

24
25 Es rechnen sich nur solche Öffnungszeiten, in denen möglichst alle Kinder anwesend sind.
26 Kleine Gruppen und lange Öffnungszeiten, etwa bis 17:00 Uhr, werden unwirtschaftlich oder
27 müssen anderweitig finanziert werden. Zur Abfederung des Kostendrucks steht zu erwarten,
28 dass vermehrt mit Teilzeitarbeitskräften, befristeten Arbeitsverhältnissen und nicht pädagogisch
29 ausgebildetem Personal gearbeitet werden muss.

30
31 Weil Eltern, Träger und auch wir als Stadtverordnetenversammlung aber gute Qualität, kleine
32 Gruppen und lange Öffnungszeiten der Einrichtungen wollen und weil schon allein auf Grund
33 baulicher Voraussetzungen und zugrunde liegender Betriebsgenehmigungen die Träger
34 überhaupt nicht in der Lage sind, die ökonomisch sinnvolle "Volllast" ihrer Einrichtungen
35 herzustellen, wird sich die anteilige Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen durch das
36 Land Hessen reduzieren.

37

38 Der Entwurf des sog. Kinderförderungsgesetzes führt noch zu weiteren Verschlechterungen der
39 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten: Es sind zu geringe Ausfallzeiten für Krankheit und
40 Fortbildung vorgesehen, der Aufwand für Leitungsfunktionen, pädagogische Vor- und
41 Nachbereitung ist nicht berücksichtigt, und die zu erwartende Steigerung der Gruppengrößen
42 führen zu Mehrbelastung in der Betreuung und in der Arbeit mit Eltern.

43
44 Der Gesetzentwurf enthält nur unzureichende Regelungen über die finanziellen und personellen
45 Mehrbedarfe für Inklusion und für Kinder mit erhöhtem Förderungsbedarf. Auch das ist ein
46 Rückschritt angesichts der EU-Behindertenrechtskonvention und den Bemühungen um soziale
47 Integration von benachteiligten Kindern.

48
49 Die Landesregierung musste dem Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofes nachkommen und
50 den Kommunen einen Ausgleich für die Mehrbelastungen angesichts landesgesetzlicher
51 Vorgaben in der Kinderbetreuung zahlen. Das sog. Kinderförderungsgesetz nimmt die
52 Hoffnung, dass es der CDU-FDP-geführten Landesregierung mit einer nachhaltigen Förderung
53 der Kinder und ihren Betreuungseinrichtungen wirklich ernst ist. Statt den Anteil des Landes an
54 der Finanzierung deutlich zu erhöhen, wird das Gesetz dazu führen, dass das Land weniger
55 Mittel für die Kinderbetreuung ausgeben muss bzw. die Sicherung bestehender qualitativer
56 Standards und die Mehrkosten des Ausbaus der Betreuungseinrichtungen den Kommunen
57 überlasst. Das Land nimmt seine Verantwortung für die Förderung der Kinder nicht wahr. Das
58 ist unsozial. Es lässt die Kommunen einmal mehr allein, wenn es um gute Qualität in der
59 Kinderbetreuung geht. Das ist unverantwortlich. Deshalb ist das Gesetz abzulehnen.

60
61

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: JBK 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Kinderbetreuungskosten

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Kinderbetreuungskosten für U 3-Kinder, Ü 3-Kinder und Hortbetreuung (1. bis 4. Klasse)
3 werden zukünftig zu je 1/3 von Bund, Land und Städten/Gemeinden getragen. Bestehende
4 bessere Regelungen für die Eltern bleiben bestehen.

5
6
7 **Begründung:**

8
9 Schluss mit lustig! Die Kommunen stehen mit dem Rücken an der Wand. Sie tragen die
10 finanzielle Hauptlast der Kinderbetreuung. Alles Gerede zur Vereinbarkeit von Familie und
11 Beruf wird zum Gewäsch, wenn die Kinderbetreuung nicht nachhaltig und finanziell sicher
12 geregelt wird. Bund, Länder und Gemeinden sollen sich bewusst sein, dass alle gleichermaßen
13 Verantwortung tragen. Familienministerin Schröder lässt sich für das U 3-Gesetz feiern und
14 kippt die finanzielle Verantwortung vor den Haustüren der Kommunen ab. Lediglich im
15 investiven Bereich gibt es einmalige magere Zuschüsse.
16
17 Wir erwarten von allen Landes- und BundespolitikerInnen, dass sie diese Forderung
18 ausdrücklich unterstützen und die notwendigen Gesetzesänderungen unmittelbar auf den Weg
19 bringen.

20
21 Weitere Begründung erfolgt mündlich.
22
23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: JBK 6

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Kostenlose Vorbereitungskurse für externe Schulabschlüsse

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die Landtagsfraktion der SPD in Hessen wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen und im Falle
3 der Regierungsübernahme zu realisieren, dass auch in den Flächenkreisen kostenlose Kurse
4 zur Vorbereitung auf externe Schulabschlüsse – insbesondere auf den Hauptschul-, aber auch
5 auf den Realschulabschluss – eingerichtet werden.

6
7
8 **Begründung:**

9
10 Erwachsene, die z. B. in Waldeck-Frankenberg wohnen und einen Schulabschluss nachholen
11 wollen, müssen dafür nach Kassel, Marburg oder Homberg fahren. Für Bürger aus diesem
12 Landkreis bedeutet dies eine Fahrstrecke von durchschnittlich ca. 60 km. Der Unterricht findet
13 dort zwischen 17.15 Uhr und 21.45 Uhr (Kassel und Homberg) sowie zwischen 17.05 Uhr und
14 17.40 Uhr (Marburg) statt. Für Berufstätige ist das kaum zu schaffen.
15 Dass es hier diese Möglichkeit nicht gibt, stellt eine klare Benachteiligung dar.
16 Der Mensch fängt zwar nicht beim Schulabschluss an, aber trotzdem ist ein entsprechendes
17 Zertifikat sehr wichtig. Wir sprechen vom Fachkräftemangel; Fachkraft zu werden setzt aber den
18 Schulabschluss voraus. Berufstätige schaffen mit dem Schulabschluss eine wichtige
19 Voraussetzung für die Sicherung des Arbeitsplatzes oder gar für den beruflichen Aufstieg.
20 Arbeitslose verbessern mit einem Schulabschluss die Perspektive für die Suche nach einem
21 Arbeitsplatz. Frauen, die nach der Familienphase wieder in das Arbeitsleben zurückwollen,
22 haben oft nur mit einem Schulabschluss die Chance hierzu.

23
24
25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: JBK 8

Antragsteller: Schwuso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Homosexualität muss in der Schule Unterrichtsthema werden

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Statistisch betrachtet sitzen in jeder Klasse einer hessischen Schule mindestens ein schwuler
3 Junge und ein lesbisches Mädchen - und dennoch bleiben diese in der Regel „unsichtbar“, da
4 sie sich eben nicht in einem schulischen Umfeld outen, in dem Homosexualität im Unterricht
5 kaum oder gar nicht thematisiert wird, dafür aber auf dem Schulhof „Schwule“ zum gängigsten
6 Schimpfwort gehört.
7
8 Studien zufolge stehen Schülerinnen und Schüler in ihrer Mehrheit - trotz scheinbarer
9 Akzeptanz in der Welt der Erwachsenen - Homosexualität skeptisch bis ablehnend gegenüber.
10 Entsprechend vermeiden es Lehrerinnen und Lehrer, dieses Thema explizit zum Gegenstand
11 des Unterrichts zu machen.
12 Umso mehr ist es daher Aufgabe der Schule, schwulen und lesbischen Schülerinnen und
13 Schülern mit unterrichtlichen Inhalten positiv besetzte Identifikationsangebote zu machen, in
14 den Klassen einen offenen und wertschätzenden Diskurs zu eröffnen und damit für alle
15 Beteiligten einen Beitrag zur Werteerziehung im Sinne von Toleranz und Aufgeschlossenheit zu
16 leisten.
17
18 Um hier Wirksamkeit zu erzielen, muss das Thema „Homosexualität“ mit seinen
19 unterschiedlichen Aspekten Eingang in die verpflichtenden Inhalte der hessischen Lehrpläne
20 finden. Erst dadurch wird gewährleistet, dass das Thema tatsächlich auch im konkreten
21 Unterricht verhandelt wird. Die gegenwärtige Situation ist hier trostlos: Bei einer punktuellen
22 Durchsicht der Lehrpläne unterschiedlicher Bildungsgänge fällt auf, dass selbst in den
23 naheliegend scheinenden Fächern Deutsch, Biologie, Politik und Wirtschaft, Religion etc. das
24 Thema Homosexualität nicht ein einziges Mal explizit angesprochen wird. Zwar ergeben sich
25 grundsätzlich mögliche Ansatzpunkte bei den Themenfeldern Identitätsfindung, Liebe,
26 Sexualität, Familienformen, das Stichwort Homosexualität wird jedoch an keiner Stelle genannt.
27
28

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: JBK 9

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Abschaffung der Studiengebühren

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, einen Vorschlag zu erarbeiten, der im
2 Grundgesetz das Recht auf kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule,
3 sicherstellt.

4
5
6

Begründung:

7
8 Dass Diskussionen im 21. Jahrhundert darüber geführt werden, dass Bildung etwas kosten soll,
9 entspricht nicht dem Gedanken der Weiterentwicklung und Modernisierung unserer
10 Gesellschaft.
11 Bildung ist der Zugang zu sämtlichen wichtigen Angelegenheiten im Leben. Auch, weil sich der
12 Mensch durch seine Bildung definieren kann.
13 Als Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist es unsere Pflicht, uns für eine kostenlose
14 Bildung einzusetzen.
15 Bildung darf definitiv nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Und dass Studenten
16 Studiengebühren bezahlen müssen, bedeutet im Endeffekt nichts Anderes, als dass unser
17 System bewusst sozial schwache Menschen ausgrenzt und somit gar diskriminiert

18
19

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: JBK 10

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Bezahlbare Unterkünfte für Studierende in Hessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die Adressaten werden aufgefordert, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass für die
3 Studierenden in Hessen mehr bezahlbare Unterkünfte geschaffen werden.
4 (Studentenwohnheime, 1 bis 2-Zimmer-Wohnungen, etc.).
5

6
7 **Begründung:**

8
9 Aufgrund der Attraktivität der Universität Kassel und der Stadt Kassel nimmt die Zahl der
10 Studierenden in Kassel ständig zu. Diese Tendenz ist nicht vorübergehend und wird weiterhin
11 anhalten. Während im Jahre 1980 ca. 7.000 junge Menschen in Kassel eingeschrieben waren,
12 beträgt die Zahl der Studierenden zurzeit 24.000. Daher ist die Nachfrage nach bezahlbaren
13 Wohnungen sehr groß. Besonders dramatisch ist die Situation zu Beginn eines jeden
14 Wintersemesters. Die Schaffung von bezahlbaren Unterkünften für die Studierenden in Form
15 von Studentenwohnheimen und -wohnungen ist eine wichtige Grundlage für die
16 Chancengleichheit der jungen Menschen. Viele Studierende müssen zwangsweise neben ihrem
17 Studium eine Teilzeitarbeitsstelle suchen müssen, damit sie ihre teuren Wohnungen bezahlen
18 können. Dies führt dazu, dass ihr Studium in die Länge gezogen und ihre Studienzeiten
19 automatisch verlängert werden. Dies hat sowohl für die Studierenden als auch für die
20 Universität negative Folgen. Daher müssen diese Defizite durch Investitionen des Landes
21 behoben werden.
22

23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal

Antrag: JBK 12

Antragsteller: Schwuso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Impulse für eine Akzeptanz fördernde Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität auf dem Land setzen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Wir fordern bei den Weiterbildungsmaßnahmen in der kommunalen Jugendarbeit den
3 Themenbereich „Homosexualität auf dem Land“ stärker zu berücksichtigen und entsprechende
4 Beratungsangebote auf der Ebene der Landkreise aufzubauen.

5
6
7 **Begründung:**

8
9 Vielen Jugendlichen, die ihre Homosexualität entdecken, fehlt es gerade in ländlichen Regionen
10 nach wie vor an Beratungs- und Informationsmöglichkeiten. Dabei kommt insbesondere der
11 kommunalen Jugendarbeit die Rolle zu, sich auch mit den Problemen dieser Jugendlichen
12 auseinanderzusetzen. Hier kann bei der Persönlichkeitsfindung geholfen werden, um so
13 Ängsten, bis hin zu Selbstmordgedanken, entgegen wirken zu können.

14
15 Dazu ist es notwendig, dass das Thema Homosexualität in der kommunalen Jugendarbeit nicht
16 nur als Problemfall und Sonderthema verstanden wird, sondern deutlich gemacht wird, dass
17 man sich als schwuler Junge oder lesbisches Mädchen nicht verstecken muss, sondern offen
18 zu sich stehen kann. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, dass es nach wie vor
19 Vorurteile und Ablehnung bis hin zu körperlicher Gewalt gibt.

20
21 Kommunale Jugendarbeit muss hier durch Aufklärung über homosexuelles Leben einerseits
22 helfen Vorurteile abzubauen und andererseits schwule und lesbische Jugendliche bei ihrem
23 Coming-Out unterstützen und entsprechend beraten bzw. Beratungsangebote vermitteln.

24
25 Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer gezielten Weiterbildung im Bereich der kommunalen
26 Jugendpflege und dem Ausbau der entsprechenden Beratungsangebote, gerade auch in
27 ländlichen Regionen. Dabei sollten sich diese Beratungsangebote auch an Jugendgruppenleiter
28 wenden, die beispielsweise Jugendliche in Sportvereinen betreuen. Auch hier besteht
29 erheblicher Weiterbildungsbedarf.

- 30
31
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an